

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Zugabe: Preis 25 Bogen/Nummer monatlich zusätzlich 6 Bogen/Nummer. — Bestellungen nehmen alle Buchhändler, Verleger und der Verlag, Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21, entgegen. — Einzelhefte, jedes 5 Bogen und Preis 1 Bogen enthalten, von Berlin von der Postamt für den Versand und Zustellung.

Verlagspreis: Für die schatzpolnische Militärzeitung 20 Bogen/Nummer. — Zugabe: Preis 25 Bogen/Nummer monatlich zusätzlich 6 Bogen/Nummer. — Bestellungen nehmen alle Buchhändler, Verleger und der Verlag, Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21, entgegen. — Einzelhefte, jedes 5 Bogen und Preis 1 Bogen enthalten, von Berlin von der Postamt für den Versand und Zustellung.

Nummer 7

Halle (S.), 12. Februar 1927

3. Jahrgang

Drinnen und Draußen.

Unfälle und Umfälle — Herr von Reudell — Der Rapp-Busch und die Olympia — Dr. Wirth als Angeklagter — Die Liebeserklärungen des Herrn von Guérard — Westarps strategischer Rückzug — Die rebellierenden Konserverativen — Das Militärjubiläum Wilhelms II — Die verlegene preussische Tradition — Rabinets-Durchseinander — Der Vorstoß Lauchers — Die Aufgabe der Volkspartei — Handelsverträge — Bruch mit Polen — Ausweisungen in Oberschlesien — Stresemanns Reise nach dem Süden — Das Rätelraten über Ministerbegegnung — Tagerkonferenz — Die Revolution in Portugal — China.

An Unfällen hat es eigentlich keinem Kabinett bei seiner Bildung gefehlt. Auch das letzte hat auf die Klippe der Janggenorodung auf. Vorher war über sie zu Fall gekommen, was Herr Marx nicht hinderte, sie in Kraft zu setzen. Aber keine Regierung hat mit so viel Schweregeichte ist eingipfelig. Nach dem Mißerfolge, den die Kandidatur Graevs sofort hatte, ist jetzt der Fall Reudell in den Vordergrund gerückt worden. Man soll dabei eine gewisse Vorsicht üben und nicht sich auf Angelegenheiten verlassen, die mit der Zeit überwinden werden sind. Wenn der neue Innenminister als Kandidat eine mehr als zweifelhafte Haltung beim Rapp-Busch eingenommen hat, so braucht man das nicht als die größte Befreiung gegen ihn anzusehen. Es sind auch viele andere damals unglückliche Kandidaten gewesen und haben sich dann republikanisch entzogen. Selbst Sozialdemokraten an leitenden Stellen haben nicht die innere Festigkeit gezeigt, die unbedingt erforderlich gewesen wäre. Der sonst so kluge Sovereing hat Herr v. Reudell nach der Enttarnung aus dem Amt noch einen neutralen Votum angeboten und damit immerhin sein mildes Vergehen ausgesprochen. Die Germania hatte ganz recht. Man könnte darüber zur Tagesordnung übergehen, wenn der neue Führer der Reichsverfassung den Mut aufgebracht hätte, das als eine Tugendtunde zu erklären. Er war damals 35 Jahre alt und fand noch nicht sehr über auf dem Boden der Staatsgewalt, statt dessen hat er uns erklärt, er würde in ähnlichen Fällen wieder so handeln. Und hierin, nicht in seiner Selbstaufgabe während des Rapp-Buschs liegt die eigentliche Befreiung.

Wir müssen auch Klarheit darüber bekommen, wie wirklich seine Beziehungen zur Olympia gewesen sind, und ob sie noch zu einer Zeit fortbestehen, als das Verbot dieser staatsfeindlichen Organisation bereits rechtskräftig war. Auch über seine Verwendung für den Küstern Reichsminister Major Budziner müssen wir eine eindeutige Darstellung erhalten. Sind die Behauptungen der Sozialdemokraten begründet, so gibt es nur schärfste Kampfanlage, ganz gleich, wie sich der Reichstänzer und das Zentrum entscheiden. Daß Herr Marx das dringende Bestreben hat, die Affäre über den Fall zu schließen, führen wir ihm durchaus nach. So haben wir nicht die mindeste Befreiung, ihn bei diesem löblichen Beginnen zu unterstützen. Wie er und die Zentrumsführer sich mit den Wählern auseinandersetzen, ist ihre Angelegenheit. In dieser Hinsicht wird ja wohl die Tagung des Parteizentralausschusses am Sonntag die notwendige Aufklärung geben. Der Wirth erscheint dort als Angeklagter, der gegen das Vertrauensvotum gestimmt hat. Ueber die Kräfteverhältnisse wissen wir wenig, da die Parteipresse eine ausgeglichene Däpignität hat. Amertlich wird Republikaner den vertriebenen Taktiken, so werden wir eine entsprechende Stellung zum Zentrum einnehmen können. Dringt er mit einer Auffassung durch, so ist beim besten Willen nicht abzusehen, was dann aus dem Kabinett werden soll.

Die Rede des Herrn von Guérard in der großen Reichsgebäude war schon aufschlußreich. Sie begann mit den besten Lobspindeln für die Sozialdemokraten und sollte offenbar den neuen Freunden zeigen, daß es zur Not auch ohne sie geht. Theoretisch hält das Zentrum an der großen Koalition fest, wenn es sie praktisch auswirft. Der Vorzug ist ungewisslich und läßt sich nur mit einer theologischen Ehe vergleichen, in der der Gatte der geschiedenen Frau zuruft: „Auf ewig Dein!“, was für die neue Lebensgemeinschaft nicht gerade eine Zufumierung verleiht. Auch der Vorwärts war über diese Verhältnisse nicht sonntschweigen. Wie ziemlich verblüfft und verärgert sie nicht ohne Grund. Aber Herr von Guérard begnügte sich nicht mit den Worten. Er zwang den Grafen Laucher zu einem strategisch geordneten Rückzug in den Fragen der Außenpolitik. Dagegen beständige das Zentrum, daß der Desnationalen die Aufgabe ihrer monarchistischen Überzeugung nicht zugemutet worden war. Die Nichttun haben also die Verwendung gefunden, die wir vorausahnten. Sie sind in einer schwarz-rot-goldenen Papierfahne gewandert, wo sie einer trübseligen Aufzählung hatten. Graf Westarp aber sprach als Führer des konservativen in Kabinett bei jeder ihrer Unterhandlungen so genau ansetzen müssen. Trotzdem dürfte der Graf eine engere Freunde damit nicht zufrieden gestellt haben. Die konservativen Gruppe, deren Ehrenvorsitzender er ist, sagt in kurzen und wird vermutlich Scherzbegegnung

abhaben. Dann hat Westarp nur die Wahl, entweder auf den Ehrenvorsitz zu verzichten oder die Führerschaft der Desnationalen Partei wiederzugewinnen. Diese letztere Möglichkeit bedingt uns nicht. Es besteht dann die Gefahr, daß ein Politiker an die Spitze kommt. Wir aber wünschen den weiteren Kampf in den Reihen, aus dem allein neues Leben erwachsen kann.

Wie fest der monarchische Gedanke noch in einzelnen Köpfen verankert ist, zeigte das 50jährige Militärjubiläum Wilhelms II., das von den Offizieren des ehemaligen 1. Garderegiments begieft gefeiert wurde. Alle Umbekehrungen waren zugegen, namentlich die Pensionempfänger der deutschen Republik in Generaluniform. An und für sich würden wir ihnen dieses kleine Begegnen in diesen bitteren Zeiten gern gönnen, nur müssen wir berücksichtigen, daß dadurch der Geist etwas leidet. Geht bitte in Anführungsstrichen. Die Tradition der preussischen Ar-

zu seiner Verständigung zu gelangen, weil die Wünsche der Großgrundbesitzer einer Regelung im Wege stehen. Sollten die Kulturfragen zurückgestellt werden, so wird hier die Bedrohung des Kabinetts sichtbar. Es ist umso notwendiger, mit Frankreich zu einem Ausgleich zu gelangen, als die deutsch-polnischen Verhandlungen unmittelbar vor dem Abbruch stehen. Die Schuld daran trifft ausschließlich Warshaw. Die bisherigen Besprechungen haben schon gezeigt, daß man selbst in Zollfragen nicht weiterkommen ist. Wenn nun noch Polen, das Niederlassungsrecht für deutsche Kaufleute verweigert und sogar mit Ausweisungen Reichsangehöriger vorgeht, wie es in Radowitz der Fall ist, so muß der Kampf auf der ganzen Linie aufgenommen werden. Darin sind sich wohl alle Parteien bei uns einig, so schmerzlich auch für die Deutsche Wirtschaft der Ausfall, der im Jahr 400 Millionen beträgt, ist. Es hat keinen Zweck, Verträge zu schließen, wenn kein Deutscher die Möglichkeit besitzt, darüber ungehindert seinem Beruf nachzugehen, ein Haus zu erwerben oder eine Niederlassung zu gründen.

Die deutsche Außenpolitik hat ihren letzten Erfolg mit der Aufhebung der Militärkontrolle erzielt. Nun tritt die Frage der Rheinräumung wieder in den Vordergrund. Es sind zwar im englischen Überhaufe einige freundliche Worte ausgesprochen worden, aber in Frankreich, das die Entscheidung in Händen hält, ist die Zustimmung nichts weniger als günstig. Die Stellung Frankreichs gilt nach wie vor als schwach, und er wird sich gegen Polare kaum durchsetzen können. Davon hängt ab, ob und wann die Gelegenheit kommt, um mit Dr. Stresemann zusammenzukommen. Die Rede nach dem Süden hat ja mancherlei Kommentare nachgerufen. Es wird sehr viel von Begegnungen zwischen dem deutschen Außenminister, Britan und Auslöschung gesprochen. Man wird bei uns gut tun, keinerlei Wünsche zu äußern. Wenn die anderen das dringende Bedürfnis empfinden, eine Unterredung herbeizuführen, so mögen sie das tun. Sie zu ermahnen, liegt keinerlei Veranlassung vor, denn wenn sie nicht den Willen mitbringen, etwas Positives zu schaffen, können solche Ausreden nur eine unerwünschte Wirkung haben.

Die Außenpolitik ist ja ohnehin von den Vorgängen in der Welt abhängig, und man kann nicht behaupten, daß sie sich in diesem Augenblick besonders ruhig abmalt. Das neue Tagerkonferenz in Paris wird keinerlei Ergebnisse haben, sondern eher die Spannung zwischen Frankreich und Spanien vertiefen. Die Revolution in Portugal betrifft uns zwar nicht direkt, geht aber England in Mitleidenschaft, das dort große Interessen zu wahren hat. Eine Stellung unferneits ist überflüssig. Wir sollen uns überhaupt nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Völker einmischen, sondern versuchen, mit dem jeweiligen Machthaber uns so zu stellen, daß unter eigener Vertiefung gewahrt bleibt. Die Hoffnung, daß irgend ein Amtszug uns nicht, hat sich oft genug als trügerisch erwiesen. Wir erinnern nur an Sitouen, wo allen Zufriedenheiten zum Trotz die Behandlung Niemals nicht gerade besonders nützliches oder an Polen, wo Willkür von einzelnen deutschen Organen wegen seiner angeblich verändlungs-freudigen Haltung warm begrüßt wurde und trotzdem der gleiche feindliche Kurs gefolgt wird.

Die ernste Angelegenheit aber bleibt nach wie vor China. Irrendwische Klarheit ist über die inneren Angelegenheiten nicht zu gewinnen. Je nach der Quelle, lauten die Nachrichten verschieden. Man hört von vernichtenden Niederlagen eines Generals, der am nächsten Tage eine Stellung erobert, oder von Siegen, die merkwürdigerweise in Nacht enden. Nicht einmal darüber sind wir unterrichtet, ob die Einigungsverhandlungen zwischen Nord und Süd Ausflügen auf Erfolg bieten. Sie machen offenbar sehr schwierige Fortschritte und werden wohl nur dann zu einem Ergebnis führen, wenn die europäische Politik den nötigen Ritz liefert. Das englische Vorgehen ist dazu allerdings durchaus geeignet. Auch durch die freundlichen Vorstöße lassen sich die Söhne des Simels nicht darüber täuschen, daß hier der Imperialismus seine Positionen verteidigt. Italien hat sich an die griechische Seite gestellt, während Japan und Rußland, jedes für sich, entgegengelegten Zielen zutreiben. Und Amerika wiederum eine ganz andere zarteste Haltung einnimmt. Es ist sehr wohl denkbar, daß sich im Laufe der Zeit daraus Konflikte entwickeln, die alles andere überflüssig sind für uns daher nicht gerade wünschenswert sind.

Richard Marx.

Was man nicht vergessen darf

Aus dem Zentrums-Manifest: „Es gibt für uns keine andere staatliche Wirklichkeit als die der deutschen Republik mit ihren Symbolen. Sie hat dem deutschen Volke seine Einheit in verzweifelten Tagen gerettet. Auch für die fernere Zukunft ist sie der allein hoffnungsvolle Weg.“

Aus den Grundrissen der Deutschen nationalen Volkspartei von 1920: „Die monarchische Staatsform entspricht der Eigenart und geschichtlichen Entwicklung Deutschlands. Ueber den Parteien stehend, verbürgt die Monarchie am sichersten die Einheit des Volkes, den Schutz der Minderheiten, die Stetigkeit der Staatsgeschäfte und die Unbeeinträchtigung der öffentlichen Verwaltung. Die deutschen Einzelstaaten sollen freie Entschließung über ihre Staatsform haben; für das Reich erkleben wir die Erneuerung des von den Hohenzollern ausgerichteten deutschen Kaiserthums.“

mea, die auch wir achten, verlangte von einem Offizier, daß er treu auf seinem Posten aushalte. Man kann verschiedener Ansicht sein, ob die Flucht Wilhelms II. berechtigt war oder nicht. Wenn man sich zu der Auffassung bekennt, daß er nur dem Drängen seiner militärischen Ratgeber gefolgt ist und das ist doch schließlich die mildere, so steht die Tatsache fest, daß die Arme ihn verabschiedet hat. Ein vernünftiges Urteil. Für gewöhnlich pflegt man nicht jemanden zu feiern, den man wegen mangelnder Fähigkeiten den Abschied gegeben hat. Offenbar haben die Generale geglaubt, ihre eigene Sache zu führen, da die Wehrkraft von ihnen an der Spitze heldenmütiger Truppen ebenso verfehlt hat, wie der oberste Kriegsherr.

Das neue Kabinett hat, wie der oberste Kriegsherr, etwas zu Lebenswichtig für eine Kolonne, die durchwintern der reist. Wir sehen mit Befangen kommenden Dingen entgegen. Die sozialpolitischen Fragen werden kaum Schwierigkeiten machen, da der Gewerkschaftsflügel der Desnationalen jedenfalls weit sozialer eingestellt ist als etwa die deutsche Volkspartei oder die vielen Reaktionsäre des Zentrums. Die kulturpolitischen Fragen haben schon ein anderes Format. Es ist nicht zu hoffen, daß das Zentrum sich in jenen Wünschen beschneidet. Sollen, was uns schließlich die Zukunft der Nation und ihre geistige Freiheit wichtiger ist als das Schicksal dieser Regierung. Herr Laucher, Theologieprofessor, hat im Preussischen Landtag Forderungen aufgestellt, die nur Kulturkampf bedeuten können. Die Antwort wird eine geschlossene Form erfordern. Hier hat die Deutsche Volkspartei zu zeigen, ob sie liberal ist oder nicht. Es ist der Prüfstein, und sie selbst wird sich wohl nicht darüber im Unklaren sein, daß es ihre Schicksalsstunde wird.

Oben bedenklich liegen die wirtschaftlichen Fragen. Angehts der fortwährenden Krise und nur mäßig gebesserten Konjunktur sind die Handelsverträge für uns von entscheidender Bedeutung. Und gerade dieses Kabinett wenig geeignet, mit dem wichtigen Partner, mit Frankreich,

Sachliche und selbständige Opposition

Die Rede Kochs.

In der Sitzung des Reichstags vom 4. Febr. begründete der demokr. Führer Koch den Entschluß der Demokraten zur Opposition. Koch, der nach dem Zentrumsführer von Guérard sprach, wies einleitend darauf hin, daß es in diesem der ausgezeichneten Rede des Herrn von Guérard zustimme. Der demokratische Redner hatte einen berechtigten Feindesfeind, als er darauf hinwies, daß die Rede Guérards nur den Fehler gehabt habe, daß sie zu lang gewesen sei, weil sie alle Gegenätze zwischen dem Zentrum und den Deutschnationalen verzeichnet habe. Die Rede hätte viel kürzer sein können, wenn Herr von Guérard nur die wenigen Punkte aufgeführt hätte, in denen man mit den Deutschnationalen einig sei. Koch führte dann weiter aus:

Ich bin kein Pharisäer, aber ich danke meinem Schöpfer, daß ich nicht in die Rolle komme, eine Rede halten zu müssen wie der Graf Westarp. Das ist der Falsch einer achtjährigen hemmungslosen Opposition. Die Herren vom Zentrum haben vor dieser Rede an einen Wendepunkt geglaubt, sie haben das Bedenken einer schönen Seele erwartet. Gewiß ist es ein Fortschritt, daß heutzutage niemand in die Reichsregierung hinein kann, bevor er Locarno und Republik anerkennt. Aber was bedeutet eine Unterfrucht, wenn ihr eine solche Rede nachfolgt? Was wir gestern erlebt haben, war ein Bekanntnis, nicht einmal ein Lippenbekenntnis, sondern eine Maserade. (Lebhafte Zustimmung links.) Wir Deutsche rühnen uns immer unserer Wahrhaftigkeit und Treue. Aber solche Reden sind typisch für die Art, die der alten kaiserlichen Diplomatie den Ruf der Doppelzüngigkeit eingetragen hat. Sie trägt einen großen Teil der Verantwortung dafür, wenn man uns zu unrecht die Schuld am Kriege beigemessen hat. Die Deutschnationalen haben sich bei der Regierungsbildung überdemokratisch gebildet. Sie sind überdemokratisch in ihren Mitteln, undemokratisch in ihren Zielen. Aber davon, daß man im Volkstaat Politik nur im Licht der Offenheit treiben kann, haben sie noch keine Ahnung. Wie war es sonst möglich, diese Richtlinien erst abzuleugnen, dann als unüberwindlich zu erklären, dann wieder als unumstößlich und sie doch zu unterzeichnen. Da muß doch der letzte Wähler in Hinterzimmern merken, daß er auf der Schuldwaage nicht für eine Saube, die seine Führer längst preisgegeben und verkauft haben.

Keine Erklärungen und Gegenklärungen werden den Schaden wieder gut machen können, denn diese Koalition die nicht zusammengehört, schon am ersten Tage ihres Auftretens erlitten hat.

Am wenigsten wird sich der Einfluß der Deutschnationalen auf dem Gebiete der Außenpolitik geltend machen. Ein tüchtiger Freund von mir hat schon vor acht Jahren über Außenpolitik und Republik optimistisch gesagt: Gehen Sie nur ruhig, nach vier Jahren kommt Herr Scholz und nach acht Jahren kommt Herr Hergt. Die Deutschnationalen haben gar keine Außenpolitik, sie haben nur außenpolitische Phrasen, die der innenpolitischen Agitation dienen. Ich verzichte im Interesse des geplanten Außenministeriums darauf, aus diesen Phrasen hier etwas anderes mitzuteilen als das eine: wenn Graf Westarp gestern sagte, „wir werden deutsche Außenpolitik machen“, und wenn Herr Hergt in Braunschweig gesagt hat, „was wir im Rätebund treiben können, wird keine deutsche Politik sein können“, so hört jeder, wie unharmonisch in diesem Hergtjüngel die Glöcklein zusammenklappen. Sie werden keine eigene Außenpolitik machen, aber sie erschweren durch ihre Reden dem Außenminister, Vertrauen für seine gute Außenpolitik zu gewinnen. Wenn ihre Blätter schon jetzt Angriffe gegen den Außenminister wegen seiner Selbstherrlichkeit erheben, so ist auch das eine mißverständliche Demokratie. Wir werden dagegen kämpfen, daß wiederum wie im Jahre 1925 versucht wird, die Außenpolitik aus dem auswärtigen Amt in die Fraktionsstube der Deutschnationalen Volkspartei zu verlegen. Das ist die Deutschnationalen jetzt um die Verantwortung wegen der Abmachungen über die Disfungen und Kriegsmaterial zu drücken versuchen, ist ein unerträglich Zustand. Wenn sie damit nicht einverstanden sind, gehören sie nicht in die Regierung hinein, sondern sollen draußen bleiben. Für uns ist der Wichtigkeit dieses Vertrages tief schmerzlich. Wir hätten gehofft, es sei mehr erreicht worden. Der Außenminister wird zugeben, daß Kennanreden und Soldatenspieler keine Politik geführt haben und daß sie aufhören müssen. Wir fordern von der Regierung, daß sie die Politik der Verständigung so konsequent, einheitlich und ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Parteipolitik treibt, daß das Rheinland geräumt und die allgemeine Abrüstung herbeigeführt wird.

Die Festigung der Republik werden die Deutschnationalen ebenfalls aufhalten können. Die besten Bundesgenossen gegen die Wiedereinführung der Monarchie sind die Memoren rechtschreibender Kreise. Auch wenn wir alles was wahr anerkennen, was Herr v. Tirpitz geschrieben hat und Lindners Projekte mit ihm in Grund und Boden verdammen wollten, so bleibt als Ergebnis nicht die Heberlegenheit des monarchischen Systems, sondern nur die Heberlegenheit des Herrn von Tirpitz. Auf diese können wir keine monarchische Verfassung aufbauen. Jetzt endlich sagt Graf Westarp, daß nicht die Staatsform, sondern der Staat und das Volk das Entscheidende ist. Das haben wir uns schon im Winter 1918-1919 gefolgt, als wir einem Volk, dem seine Autoritäten geflohen oder zusammengebrochen waren, in der Demokratie eine neue Autorität aufgedrückt haben, die standhalten wird. Sie alle, die sie da am Regierungsschiff sitzen, gründen ihre Autorität auf der Grundlage, die wir damals geschaffen haben.

Die Reichswehr hat Weimarer Koalition geschaffen. Sie mag militärisch gut sein, aber Reformen verprochen sind, verdammt kaum unserem Eingreifen. Für die Rechte ist entpolitisiert, was sie allein in der Hand hat und

politisiert, was sich ihrem allgemeinen Einfluß entzieht. Wenn Herr Stresemann heute ausruft: „Hände weg von der Reichswehr“, so gab es Zeiten, wo er gern hübsche Hände gegen die politische Eigenwilligkeit der Reichswehr suchte. Die Reichswehr wird nur dann ein taugliches Instrument sein, wenn sie mit allen Schichten des Volkes Fühlung hält und deren Vertrauen genießt. Die Rechte hat den Krieg nicht allein geführt. Wir wollen eine Reichswehr, die dem ganzen Volke und nicht einer Volksfraktion dient.

Sozialpolitik zu treiben werden auch sie gezwungen sein. Aber sie werden sie ohne Fühlung mit den breiten Massen schlechter, unbefriedigender und fesselspieler machen, als wenn die Linksparteien mit in der Verantwortung wären.

Das Heer der Erwerbslosen wird sich nur bekämpfen lassen, wenn man eine weitreichende Handelsvertragspolitik betreibt und nicht dem Deutschnationalen Abgeordneten von Stauffenberg folgt, der im vorigen Frühjahr für seine Fraktion gesagt hat, ob es berechtigt sei, der Chimäre des Exports nachzugehen. Nur wenn Deutschland für Europa arbeiten kann, wird es seine Bevölkerung ernähren. Die Methoden, mit denen wir zu Handelsverträgen zu kommen versuchen, scheinen falsch zu sein. Ebenso muß das Reich eine Siedlungspolitik treiben, mit der, wenn der Widerstand des Großgrundbesitzes gebrochen sein wird, noch 25 Millionen Menschen in Deutschland anständig gemacht werden können.

Auf dem Gebiete der Finanzpolitik bedauern wir, daß der Minister Reichhold, der Minister der Steuerlenkung, der Beschränkung der Subventionen und der Festhaltung der Finanzpolitik des Reiches hat geben müssen. Herr Bergt

D. D. P. Magdeburg

Gr. politische Aussprache

Sonntag, den 13. Februar, vormittags 11 Uhr in der Freundschaft (Prälatenstraße 32)

Rektor Herrmann

M. d. L.

behandelt die

politische Lage

Gäste willkommen.

hat ihm nachgesagt, daß er mit verhängten Fingern ins Defizit hineinträte. Aber wir treuen uns, daß er ein Finanzminister war, der seine Aufgabe anders aufstufte als ein Kreiseinnehmer. Die wirkliche Nationalisierung des Finanzwesens ist nur möglich auf dem Bahnen des Antiratismus. Das deutsche Volk ist auf die Dauer nicht reich genug, die Arbeit zu bezahlen, die statt an einer Stelle an 18 Zentralfstellen in Deutschland geleistet wird. Wenn, wie ein harriger Abgeordneter berichtet hat, die Regierung sich in den Fragen des Finanzausgleichs an parteipolitische bayerische Wünsche gebunden hat, so hat sie sich von vornherein den rechten Weg verlobt.

Auf dem Gebiete der Schulpolitik sehen wir die Richtlinien nicht ohne Besorgnis. Herr Scholz hat gestern den Grundgedanke als obersten gebordert, daß die Schule eine Veranstaltung des Staates sei. Warum hat er nicht durchgesetzt, daß wenigstens dieser Satz in die Richtlinien aufgenommen ist? Gerade darum haben wir sich um Anträge mit dem Reichstangler Marx vergeblich bemüht. Ohne die Betonung der staatlichen Oberhoheit und der einheitlichen Erziehung zu staatsbürgerlicher Gesinnung läßt sich keine Schule aufbauen. Wir werden uns nicht von den Grundgedanken der Verfassung abdrängen lassen. Aber eins sage ich schon heute: zu einer Wiederbelebung des Kulturkampfes werden wir uns niemals verleiten lassen. Nicht nur weil ein solcher Kulturkampf unseren freibürgerlichen und toleranten Grundhänden widerspricht, sondern auch deswegen, weil wir, anders als die Deutschnationalen, die großen vaterländischen Leistungen des katholischen Volksteils und seiner geistigen Führer um die Grenzlande immer anerkennen haben, und anerkennen werden. Ich brauche nur den Namen des Bischofs Koram zu nennen.

Am Bedenkllichsten gegen die neue Regierung macht uns ihre Entstehungsgeschichte. Wir wissen wohl, daß die Sozialdemokraten, zweimal, erst Wirth, dann wir, die Teilnahme an einer großen Koalition abgelehnt haben, und daß sie sich jetzt so förmlich dazu gedrängt haben, daß sie die alte Regierung dabei über den Haufen geworfen haben. Es ist nicht die Mühsal auf die Sozialdemokraten, die uns von einer Mitwirkung an der neuen Regierung abhält, sondern das Mißtrauen gegen den neuen Regierungspartner. Die Deutsche Volkspartei hat den Sten ins Rollen gebracht und so viel mit dem Zerfallenen offer

Aussichten einer Regierung der Mitte oder der Bildung einer Großen Koalition zu tun gehabt, daß sie bis zur Zeit gefunden hat, die ihr selbst abträglichen Vorgehen bei der Annäherung von Zentrum und Deutschnationalen zu beobachten.

Die Betragung von Gewerkschaften und Verbänden durch Curtius halten wir für überaus bedenklich und innern daran, welche Bornwürde uns in schwererer Zeit viel weniger weitgehenden Vorgehens gemacht worden sind.

Der Reichstangler Marx hat keine Bemühungen, eine Koalition der Mitte zu bilden, vorzeitig aufgegeben, ohne daß man eigentlich sieht, woran sie gescheitert ist. Noch keine Fraktion ist bisher darauf gekommen, Ministerlanddaten mit Stimmzetteln auszulösen. „Kofalarbeiter“ leistet sich sogar das seltsame Wort von „Kofalarbeiter Fraktionen“, denen man nicht hineinreden dürfte. Man kann sagen, über dieser Heberdemokratie nagen nicht so hübsch! Wir können uns vorstellen wie die Verantwortungsfreudigkeit solcher Stimmzetteln aussehen wird.

Dem Reichspräsidenten erkennen wir nach der Verfassung das Recht zu, Minister, die ihm vorgeschlagen werden abzulehnen, wenn er es auf eine Betragung des Reichstags oder des Volks darüber ankommen lassen will. Kann aber nicht bestimmte Minister halten, wenn ihm deren geeignete Minister vorgeschlagen werden. Sachlich bedenklich ist auch das System der beschränkten Austritt. Ein Reichstangler, der das Vertrauen des Reichspräsidenten hat, muß sich frei bewegen und notfalls die ein gegen die anderen ausspielen können, sonst kommt man so schleppenden Verhandlungen, wie man sie jetzt erlebt. Der Reichstangler kann bei der Kabinettsbildung nicht in die Länge zwischen Fraktionen und Reichspräsidenten eingepaßt werden. Er hat die Regierung bilden und sich mit ihr dem Reichstag zu stellen. Eine Ausübung der Rechte des Reichspräsidenten nach einer fraktionellen Minister ist unerkennbar. Das gestörte Deutschland kann nicht wie das gestörte Amerika, sich den zur Gestalten, im Falle eines Offensives zwischen Reichspräsident und Parlament ein oder zwei Jahre überhaupt keine Poff zu machen. Hören Sie einmal amerikanische Staatsrechtler über diesen Punkt ihrer Verfassung.

Wir bedauern, daß der Minister Krotzbe ausgeschieden mußte. Der Ruf nach Sachministern wird nach der Meinung des Herrn Dr. Koch nun wohl aus der deutschnationalen Agitation verschwinden müssen. Mäge er, der Ob- und anderen nach der Herkunft gleich, ihnen auch noch keinem Kaliber gleichen. Wir hätten dieses Ministerium gern zu einem Ministerium der Technik ausgebaut.

Für ein Zweiparteiensystem ist das deutsche Volk nicht reif. Was uns droht, ist eine Entwidlung zu einem Parteiensystem im schärfsten Sinne des Wortes, wo a der einen Seite Arbeitgeber, auf der anderen Seite Arbeitnehmer, auf der einen Seite Kapital, auf der anderen Seite Arbeit steht. Die Wirtschaftspartei trägt durch die Absonderung einen besonderen Teil Schuld daran, wie ihre Schichten zwischen diesen beiden Mittelpunkten zerfallen werden. Für das Zweiparteiensystem sind die Gegensätze im deutschen Volke viel zu groß, genau wie in Frankreich wird nur eine Regierung des Ausgleichs und der Verständigung erträglich sein, bei der die Mitte führt.

Wichtig ist das vorübergehende Schicksal von Personen und Personen ist es, daß unsere Äste geliegt hat. Wir werden in einer sachlichen und selbständigen Opposition mehr leisten können und die Kontrolle darüber selbst in der Hand haben, ob die Personen, die die Regierung bilden, mit ihren Richtlinien Schritt halten können und wollen, als in der Regierung. (Lebhafte Beifall links)

Um den neuen Zolltarif.

Eine Demotische Interpellation im Reichstag.

Der demotische Abgeordnete Meyer-Berlin und die übrigen Mitglieder der Demotischen Reichstagsfraktion haben die nachstehende Interpellation eingereicht:

Das Zolltarifgesetz vom 17. August 1925 tritt am 1. Juli 1927 außer Kraft. Bei der Kernabsichtung des Gesetzes ist eine Entschärfung gefordert worden, die Reichsregierung zu eruchen, den Entwurf des Zolltarifs nach dem neuen Zolltarif nach in diesem Jahre - 1925 dem Reichstag vorzulegen, sowie mit dem Reichsamt für Wirtschaftswissenschaften des Reichstags zu den notwendigen Arbeiten des Reichswirtschaftsrates zum Zolltarif insbesondere zu den Berechnungen der Sachverständigen in Verbindung zu treten. Auf diese Entschärfung hat die Reichsregierung lediglich am 10. Juli 1926 schriftlich eine hinaussetzende Antwort erteilt.

Hieraus ist zu bestärken, daß die Reichsregierung in Zukunft freizulassen des Zolltarifgesetzes vom 17. August 1925 dem Reichstag den Entwurf eines neuen Gesetzes überhaupt nicht vorlegen, sondern die Verlängerung dieses Gesetzes vorzulegen wird, obwohl der jetzige, ohne gegenwärtige Vorbereitung durchgehende Zolltarif durch seine mangelnde Systematik und seine teilweise übermäßig hohen Sätze den Abschluß günstiger Handelsverträge erschwert, D Produktion der deutschen Industrie und des deutschen Handels verteuert, den Export gehemmt und damit zugleich den inneren Markt geschwächt hat.

Es ist weiter zu bestärken, daß die Vorbereitung eines neuen Zolltarifs wiederum ohne hinreichende Beteiligung des Reichstags erfolgen und dieser schließlich die Gegenüber zum Kenntnis zu nehmen haben wird, die bei Verhandlungen hinter verschlossenen Türen und unter unkontrollierbaren Umständen erzielt worden sind. Auch die wichtigsten grundsätzlichen Fragen, wie die Frage, ob an dem System des Einheitszolls und der Meißelgebühren festgehalten werden soll, würden in diesem Falle der tatsächlichen Prüfung und Entscheidung durch den Reichstag entzogen sein.

Unabhängig von der Vorbereitung und Erledigung eines neuen Zolltarifgesetzes ist mit größter Wichtigkeit

Erhöhte Spannung England-China.



Russische Generalstabsoffiziere der Kanton-Armee im chinesischen Kampquartier. Die Spannung zwischen England und der Kanton-Regierung, die von Sontjerfland unterstützt wird, hat sich nach neuesten Nachrichten bedeutend verschärft.

gung die Entscheidung über die gegenwärtig durch Artikel 2 des Mantelgesetzes zum Deutsch-Schwedischen Handelsvertrags vom 10. Juli 1926 festgesetzten Agrarabgabe zu treffen. Die jetzigen ermäßigten Zollsätze treten am 31. März 1927 außer Kraft. Mangels einer neuen gesetzlichen Regelung würden alsdann die erhöhten Zölle des Deutsch-Schwedischen Handelsvertrags gelten. Diese Gefahr muß unter den gegenwärtigen Preisverhältnissen unbedingt verhütet werden. Außerdem erfordert der Schutz der mittleren und kleinen Landwirtschaft die Befestigung der die Viehhaltung vertreibenden Futtermittelzölle. Die rechtzeitige Beschlußfassung über den 31. März hinaus liegt im dringlichsten Interesse von Landwirtschaft, Viehzucht und Brauindustrie und Getreidehandel.

Wir fragen deshalb an:

Wann gebt die Reichsregierung dem Reichstag den Entwurf eines neuen Zolltarifgesetzes vorzulegen?

In welcher Weise und wann beabsichtigt die Reichsregierung dem Reichstag an den Vorarbeiten zu dem neuen Zolltarifgesetz zu beteiligen?

Wann gebt die Reichsregierung dem Reichstag einen Gesetzentwurf zur Regelung der oben erwähnten Agrarabgabe über den 31. März 1927 hinaus vorzulegen?

Ist die Reichsregierung gewillt, in diesem Entwurf die Zölle auf die für die Viehhaltung der deutschen Bauernschaft nötigen Futtermittel zu befestigen?

Aus Parlamenten und Parteien

Die Demokraten gegen das Vorkaufersgesetz.

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ mitteilt, hat sich die Demokratische Reichstagsfraktion mit dem Entwurf eines Gesetzes über den Schutz der Jugend bei Vorkaufersarbeiten befaßt und hat gegenüber dem Gesetz eine ablehnende Haltung beschlossen, da das Gesetz mit sozialpolitischen Bestimmungen zum Schutz der Kinderarbeit politische Bestimmungen verbindet, die eine Gesetzbildung der geistigen und künstlerischen Freiheit Deutschlands bedeuten. Weiter zeigt der Gesetzentwurf ein Gegenkommen an parlamentarischer Seite, durch das die notwendige Rechtseinheit nicht gewahrt wird.

Beratung des Reichshaushaltsplanes.

Wie verlautet, wird voraussichtlich der neue Reichsfinanzminister Dr. Köhler seine Rede zum Etat am Mittwoch nächster Woche im Reichstag halten. Der neue Reichsfinanzminister wird sich Ende des Monats nach München begeben, um dort mit der bayerischen Staatsregierung über den Finanzausgleich zu verhandeln.

Denkschrift der Reichsregierung über die Invalidenversicherung.

Wie mitgeteilt wird, hat das Reichsarbeitsministerium eine Denkschrift über die Erweiterung der Leistungen der Invalidenversicherung fertiggestellt, die demnächst dem Reichstag zugehen wird. Diese Denkschrift ist federweit gemäß einem Antrag der demokratischen Abgeordneten Gleiger und Schneider bezüglich einer Senkung der Altersgrenze beschloffen worden.

Fortsetzung der Notmaßnahmen für Beamte.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat folgenden Antrag eingebracht: Die gemäß Reichsbesoldungsblatt Nr. 28 vom 17. Dezember 1926 Nr. 1422 angeordneten Notmaßnahmen für Beamte, Wartegeld und Ruhegehaltszuschläge, Hinterbliebene und Angestellte bleiben mit Wirkung vom 1. April 1927 bis zur anderweitigen Regelung der Beamtenbesoldung in Kraft. In diese Maßnahmen sind auch die Besoldungsgruppen über Gruppe 12 einzubeziehen; sie sollen sich auch in entsprechender Weise auf die Hilfsbediensteten und die Arbeiterkräfte der öffentlichen Verwaltungen und Betriebe erstrecken.

Ein entrüstetes Ehrenamt.

Der Preussische Landwirtschaftsminister Steiger hat auf eine Anfrage im Preussischen Landtage (Druckfrage Nr. 2099) befragt, daß der ehrenamtliche Vorsitzende der

Preussischen Landwirtschaftskammer, Freiherr von Lümin, außer den Unkosten für Instandhaltung einer Villa und Reisekosten 18 000 Mark von der Landwirtschaftskammer bezog, wozu 8 000 Mark aus den Einnahmen der Saatstofffestställe entnommen worden sind.

Die Bauernbewegung in der Uckermark. Neue Anliegen gegen den Landbund.

In zwei von vielen Hunderten von Kleinbauern und Landarbeitern besetzten Versammlungen in Heßdorf und Brüßlow in der Uckermark fanden die Bestimmungen der Bevölkerung gegen die festsitzungs- und Kleinbauernfeindliche Haltung des Landbundes und der mit ihm verbundenen politischen Parteien zum Ausdruck. Die Referate des demokratischen Landtagsabgeordneten Meinde und des demokratischen Kreisabgeordneten Geschäftsführers Cramer-Prenzlaw behandelten dringende Fragen der festsitzungsbegehrenden Bevölkerung und die Errichtung von Eigenheimen für die Landarbeiterschaft und fanden ungeteilte Zustimmung. Besonders hervorzuheben war es, daß der zweite Vorsitzende des Landbundes des Landesprezlau erklärte, daß er sich mit den sachlichen Ausführungen der Referenten durchaus einverstanden erklärt und einzutreten müßte, daß im Landbunde die Interessen der bäuerlichen Kreise nicht genügend Berücksichtigung fanden.

Die Bauernbewegung in Pommern.

In der letzten Zeit fanden in Pommern mehrere Versammlungen der pommerschen Bauernschaft statt, die bewiesen, daß die Bauernbewegung zunimmt und daß die Uckermark vom Landbund ständig im Absegen begriffen ist. Auf den Versammlungen in Stolzenberg, Zänzel, Wesim und Dognow fand der Bauerngenosse überall feststehenden Anhang. In einzelnen Orten verhielten sich 2. Landbundanhänger Störungen hervorzuheben, aber die Versuche blieben ohne Erfolg. Besonders eindruckvoll war die Versammlung der pommerschen Bauernschaft in Kolberg. Hier wies der Vorsitzende der pommerschen Bauernschaft darauf hin, daß der Großgrundbesitz in Pommern keine Mittel habe, die Bestrebungen der Bauernschaft nach Selbstständigkeit im Reine zu erfüllen. Was sich in Pommern Bauerngruppen im Landbund bildeten, müßten sich die Vorsitzenden verpflichten, die Bauerngruppen unverzüglich aufzulösen oder, falls dies nicht ginge, den Vorbehalt niederzulegen. Bauernhöflicher Belegte Meinhies wies darauf hin, daß er jährelang im Landbund für die Interessen seiner Berufscollegen gekämpft habe, aber er habe im Laufe der Zeit eingesehen, niemals einen größeren Feind der Interessen der Bauern

lichen Beisitzer gefunden zu haben, als in den Vertretern des Großgrundbesitzes.

Der neue Reichspostminister als Republikaner.

Bei der Übernahme seines Amtes hat der neue Reichspostminister Dr. Schäffl sein Programm hingewiesen, das in der Erfüllung seiner Pflicht gegen Volk, Vaterland und deutscher Republik besteht. Wie verlautet, hat der neue Reichspostminister auf die Formulierung: deutsche Republik besonders Wert gelegt. Es wird weiter bekannt, daß Dr. Schäffl schon in München in kritischen Stunden treu zur Weimarer Verfassung gestanden hat. Diese Haltung Dr. Schäffls, der von der Bayerischen Volkspartei als Minister präsentiert worden ist, steht in einem erfreulichen Gegensatz zur Bayerischen Volkspartei selbst, die immer noch glaubt, sich monarchistisch geben zu müssen.

Deutsche Lehrervereinnahme in Düsseldorf.

Vom 6. bis 8. Juni 1927 findet in Düsseldorf die 55. Vertreterversammlung des Deutschen Lehrervereins statt. Zur Verhandlung kommen Fragen der Jugendwohlfahrt im Rahmen der Schulerziehung. Weiterhin wird nach der Gedanke der Selbstverwaltung in seiner Auswirkung auf das Schulwesen behandelt werden und schließlich wird angenommen, daß auch noch die Fragen des Reichsschulgesetzes zur Erörterung kommen.

Befeldigungsordnung für Zollbeamte.

Welthelfende gestattet! Ein bemerkenswertes Zeichen dafür, welche Sorgen die deutsche Bürokratie hat, ist die neue Befeldigungsordnung für Zollbeamte, in der es u. a. heißt:

„Hüher Dienst und bei festlichen Gelegenheiten ist das Tragen weicher Handschuhe gestattet.“

Die innere sichtbare Ausstattung der Kleidungsstücke bleibt, soweit nicht etwas Besondere vorgeschrieben ist, freigestellt.

Es wird festgesetzt, daß zur Dienstkleidung eine schwarze Halsbinde oder ein weißer Kragen getragen werden kann. Beide sollen jedoch über den Kragtragen ringsherum nicht mehr als drei Zoll breit hinausragen.

Für Waffersolbeamte: Zum Anzug wird weisse Hosen, steifer Kragen mit scharf umgelegten Ecken, querliegende schwarze Halsbinde getragen, lange schwarze Handschuhe gestattet. An Stelle der weißen Hosen ist der Beamten der Gruppe 3 und 4 im Dienst das Tragen eines erkrauteten Hemdes aus blauer Wolle, am Hals gestepfelt, gestattet.

Man geht nur noch, daß den Zollbeamten die Kleiderform vorgeschrieben wird!

kommt wenn man sich über alle Gegenstände und Begriffe durchdringende Klarheit schafft.“

„Und da habt ihr den Stein der Weisen gefunden?“

„Ist die Heilung.“

„Ja wohl, Vater, in gewissem Sinne schon. Und das mit Du nicht lange auf der Folter sitzt; hier ist er!“

„Mit einem Handgriff präsentiere mir nun mein Sohn einen voluminösen und doch handlichen Buchband. Es war — Der Kleine Herder.“

„Seinem Bestand, Vater, verdanke ich mein Fortwärtkommen. In anderer Klasse ist er das „Non plus ultra“, unsere Pothia, auf die wir schwören.“

„Arg übertrieben hat mein junger Volkspost nicht. Denn ich bin dem Hergang nachträglich noch auf den Grund gegangen. Ich schlage jetzt selbst nicht nur off den „Kleinen Herder“ als Gelegenheitsbesserer auf, sondern benutze ihn in Maßgebungsübungen auch als Unterhaltungslektüre. Sogar für mich alten ausgefoderten Erfahrungsmenschen gilt er noch als Einführung in alles Wissen und Belehren. Aber den „Kleinen Herder“ behält, für den hat das Sprichwort: Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr, keinen Sinn.“

„Für Freis, an dessen Fortschritt ich schon verzweifelt hatte, stellt sich hinterher noch ein erfreuliches Ereignis ein: er stieg mit einer Lebensnote in die Prima.“

„Fazit: soviel an mir und meinem sich fühlenden Spröblichkeit, wollen wir darum dahin wirken, daß der „Kleine Herder“ in seiner ganzen deutschen Sprachheimat ein gern gelesener „Propheet“ und der wertvollste Lebensbegleiter von jedermann wird, und zwar schon beim jungen strebenden Volklein.“

Eine moderne Bthia.

„Kein Prophet ist geboren in seinem Vaterlande.“ Eine alte biblische Behauptung. Aber man hat davon gewarnt, Sätze des heiligen Buches zu verallgemeinern. Daran gemacht mich mein Fall.

Indes zur Sache! „In medias res“ würde mein Junge, ein Obersekundaner, sagen, dem übrigens von Natur aus ein Stück faule Luft eigen ist. Vielleicht ein Charakter. Denn mir schwant, daß ich selber in meiner Jugend das Leber nicht wund gelassen habe.

Seit einiger Zeit bringe nun mein Freis ganz respektable Noten im Deutschen heim, geradezu mit feierlicher Aufwartung. Sein Diener, dem ich mal zufällig in die Arme lief, ließ sich über des Schlingels Fortschritte, im deutschen Aufsatz zumal, bewundernd aus. Auch auf die übrigen Fächer habe ich kein Eifer etwas weniger ausgebracht. Kein Gewandte, daß irgend welches Mädchen in Frage komme. Die Weibchen seien organisch entwickelt und lägen innerhalb des Aufstiegsrahmens des Schülers. Wohlgeschicklich habe ich eine Art „Vertraut“ gepaßt, die, wenn sie sich in gewählter Form festigte, zum Glück des Bengels ausschlagen dürfte.

Dem Geheimnis mußte ich auf die Spur kommen. Der Walefjunge ahnte wohl etwas von meiner einseitigen Spitzelerei. Fast ärgerte mich seine kalte „Sundestimmung“, mit der er all meinen „Schlüsselstellen“ offensichtlich begegnete. Manchmal tauchte ich unpolig im Innern meines Kopfes über ihm auf. Aber es

waren nur erlaubte Hilfsmittel, die um ihn gestapelt lagen.

Da sagte ich mir ein Herz. Ich weiß, das klingt unanständig im Selbstgespräch gegenüber. Aber es war wirklich so. Denn zum erstenmal beschloß ich, meinen Freis für „voll“, ja, ja, ja, als Mann, als metzelschneidenden anzusprechen. Dazu gehört in der Tat für einen Vater ein gewisser moralischer Anlaß.

„Freis“, unterfuchte ich geradeaus, „über die Dummungenfreiheit bist Du hinaus. Das freut mich. Und ich erkenne mit Genugtuung Deinen Fleiß an. Fährst Du so fort, wird etwas Tüchtiges aus Dir werden. Gib mir Deine Hand! So! Ich gratuliere.“

Mein Freis lächelte sich ordentlich. Wenn ich recht bemerkte, reichte er sogar seine Gestalt neben mir, so daß ich eine gelinde Jurecauselnung hinterunterzucken mußte.

Der Junge sagte mir: „Ich danke, Vater, für Deine gute Meinung. Ich plage mich, daß Du meine Nechre mit mir einlebst.“

Nun war ich so klug wie zuvor. Ich mußte also anders angreifen.

„Hm! lieber Freis, und ganz besonders spreche ich Dir meine Anerkennung aus über Dein gutes Deutsch im Aufsatz. Wo hast Du denn das eigentlich her?“

„Nun Du hast ja, wie hier meine Hilfstruppen sich in der Kunde trauen.“

„Ist das das ganze Geheimnis?“

„Nun ja, ein gewisser Trick steckt schon dahinter. Wir Kameraden wurden darauf aufmerksam, daß ein guter, sachlicher und doch schön fließender Stil zustande

Ungehefliche Einstellungen in die Reichswehr.
Eine Verordnung des Reichspräsidenten.

Die vom Reichspräsidenten von Hindenburg unter Gegenzeichnung des Reichswachministers erlassene Verordnung über ungehefliche Einstellungen in die Reichswehr hat folgenden Wortlaut:

„Auf Grund des § 11 des Wehrgesetzes vom 23. März 1921 verordne ich:

1. Es ist verboten
 - a) jede Aufnahme junger Leute, die nicht gefehntfähig eingestellt sind, in die Kasernen, Ausbildungslager und in die Truppenstellen, sei es auf Probe oder für freiverdende Stellen, sei es für einen Ausbildungslehrgang oder zur zeitweiligen Erhöhung der Mannschaftsbestände,
 - b) die Vorbereitungen und Ausbildung von Reserveoffizieren im allgemeinen sowie von Reserveoffizieren im besonderen.

Sollten Heeresdienststellen Verfügungen erlassen haben, die dahin missverständlich werden könnten, als ob zeitweilige, Ausbildungslehrgänge, Vorbereitung von Reserveoffizieren usw. statthaft wären, so werden solche Verfügungen hiermit aufgehoben.

2. Wegen des ordnungsgemäßen Erfolges der jährlich 5 vom Hundert vorzeitig Entlassenen wird ausdrücklich auf § 132 der Verordnung über die Ergänzung des Heeres (S. 8. B.) vom 4. Juni 1921 hingewiesen, wo der Spielraum der vorzeitigen Entlassungen zwischen den einzelnen Divisionen und Kavallerie-divisionen genau geregelt ist.“

Kredit für den Bau von Landarbeiterwohnungen.

Im Preussischen Landtag wurde ein Regierungsentwurf gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen, wonach im Ganzen 75 Millionen Mark, für die nächste Zeit aber erst einmal 10 Millionen zur Förderung des Baues von Arbeiterwohnungen und Eigenheimen für Landarbeiter zur Verfügung gestellt werden sollen. Bei der Besprechung machte der Abgeordnete Heese (Democrat) sehr bemerkenswerte Ausführungen über die Notwendigkeit, möglichst den Bau von Eigenheimen zu unterstützen. Er berichtete über die gefundenen Arbeiterverhältnisse in den bäuerlichen Gebieten Schleswig-Holsteins, wo Wertwohnungen völlig unbekannt sind und fast alle Landarbeiterfamilien in Eigenheimen wohnen, zu denen stets ausreichend Land für den Familienbedarf vorhanden ist. Die Frau versieht die heimische Kleinwirtschaft, und die Kinder werden in früh auf in aller landwirtschaftlichen Arbeit unterwiesen, während der Familienvater seinen Verdienst wöchentlich voll nach Hause bringt. Dieses System müßte auch auf die Großstädterbezirke ausgedehnt werden. Die Schwierigkeiten der Beschaffung des Baugelandes und des erforderlichen Materials, der Aufbringung der Tilgungsraten und der Erhaltung einer dauernden zufriedenstellenden Arbeitsstelle sind groß. Die Schwierigkeiten müssen aber überwunden werden im Interesse der Allgemeinheit und besonders im Interesse einer modernen intensiven Landwirtschaft.

Ministiergehälter einjt und jeht.

Bei der Beratung des Haushalts des Ministers des Innern im Hauptausschuß des Preussischen Landtags wandte sich der demokratische Landtagsabgeordnete Barteld (Hannover) gegen die immer wieder lehrenden Behauptungen über die hohen Gehälter der Beamten, insbesondere der Minister und leitenden Beamten. Er teilte hierauf folgende interessanten Zahlen mit. Ein Regierungsrat bezog vor dem Kriege mit Stellenzulage im Anfangsgehalt monatlich 480 Mark. Heute bekommt er 400 Mark oder gemessen an der Kaufkraft des Geldes 220 Mark. Im Endgehalt bekam er früher 725 Mark, heute bekommt er nach Gruppe A 11 gerechnet 670 Mark oder nach dem Index 380 Mark. Derselben Bezüge bekommt der Landrat vom Staat. Der Minister bekam vor dem Kriege jährlich im ganzen 52 100 Mark oder im Monat 4 340 Mark. Heute bekommt der Minister im Jahr 30 600 Mark oder monatlich 3 050 Mark. Nach dem Index gerechnet 20 386 Mark jährlich oder 1 699 im Monat. Dazu kommt, daß die Ministerbezüge früher steuerfrei waren, während sie heute der vollen Steuer unterliegen. Genau so wie hier liegen die Verhältnisse bei allen Beamten, auch bei denen der mittleren und unteren Gruppen. So beträgt das Einkommen eines und Amtsgehilfen nach dem Index monatlich zwischen 50 und 60 Mark. Der Abgeordnete Barteld wies mit Recht darauf hin, daß diese Bezahlung unerschwinglich geworden ist und einer Be-



Konflikt der europäischen Mächte mit Tschangtscholin.

Neueste Aufnahme des Generals Tschangtscholin (mit der eigentümlichen manchuischen Mütze) mit seinem Adjutanten und dem amerikanischen General Connel.

Die Entlassung des Generalinspektors der Seegölle Aolen hat neben der schwersten Belästigung des letzten Restes des chinesischen Kredites einen scharfen Konflikt zwischen dem Chinesen Ghaubergieralen und der Pekinger Regierung, des in Tschangtscholin, hervorgerufen. Die Kommentare der Stängheier Zeitungen gehen dahin, daß Tschangtscholin enttäuscht ist über den Mißerfolg seiner Bestrebungen, die fünfprozentigen Zollzuschläge durch die Seegöllobernahme erheben zu lassen und so eine Zinsgarantie für eine neue Anleihe zu erhalten.

besserung bedarf. Sein Ziel sei nach wie vor Reform der Verwaltung mit dem Ziel auf Vereinfachung, Vereinheitlichung und Verringerung der Verwaltung; nicht mehr Beamte, als bei einer guten Organisation und Aufgabenverteilung nötig sind, diese aber ausreichend zu besolden.

Reform der Unterjuchungshaft.

Bei den Beratungen im Hauptausschuß zu dem Etat des Reichsjustizministeriums wurde von Frau Dr. Widders (Democrat) auf die Notwendigkeit hingewiesen, bereits in der Unterjuchungshaft die eingeleiteten Personen auf ihre geistige Verfassung durch Sachverständige prüfen zu lassen, damit endlich die Gefängnisse nicht mehr mit zahllosen Personen bevölkert werden, die ihrer ganzen geistigen Verfassung nach in Gefängnisse nicht hineingehören und durch Strafmaßnahmen irgendwelcher Art in keiner Weise weder zu bessern noch zu erziehen sind, andererseits aber die Gesellschaft vor der immer wieder erfolgenden Entlassung dieser zum normalen Leben in der menschlichen Gesellschaft ein für allemal untauglichen Personen geschützt wird.

Umzugslostenverordnung für Reichsbeamte.

Im Zusammenhang mit der Neubearbeitung der Reiseflosten-Verordnung ist das Reichsjustizministerium auch an die Neuregelung des Umzugsaufwandes herangetreten. Im Reichsjustizministerium ist ein Referentenentwurf für diese Verordnung fertiggestellt worden.

Freizügigkeit der Rechtsanwält.

Ein Antrag der Demokratischen Reichstagsfraktion.

Die Demokratische Reichstagsfraktion hat einen Antrag Fischer, Köhn, Koch-Weser, Haas-Zaben, eingebracht, der die Einführung der Freizügigkeit der deutschen Rechtsanwälte fordert. Der jetzige Rechtszustand ist der, daß der Jurist nach bestandener Staatsexamen nur an ein Gericht des Landes als Anwalt zugelassen werden muß, in

dem er sein Examen gemacht hat. Wenn z. B. ein preussischer Jurist nach seinem zweiten Examen oder wenn ein preussischer Anwalt in Württemberg, Bayern oder Hamburg sich bei einem Gericht niederlassen will, wird ihm die Zulassung in der Regel verweigert. Dieser Zustand verträgt sich nicht mit dem Gedanken der deutschen Reichseinheit und der deutschen Rechts einheit. Es können für den jetzigen Zustand, nachdem wir seit 1900 ein einheitliches bürgerliches Recht und auch auf den meisten anderen Gebieten eine einheitliche Gesetzgebung haben, ernstliche Gründe nicht mehr geltend gemacht werden. Auch aus den Kreisen der Anwaltschaft sind immer wieder Klagen laut geworden, die die Aenderung des jetzigen veralteten Zustandes wünschen. Wenn der Antrag der Deutschen Demokratischen Reichstagsfraktion Annahme findet, wäre dem Gedanken der Reichseinheit, aber auch dem Interesse der Anwaltschaft ein wertvoller Dienst geleistet.

Hausfrau und Normung.

Am 26. Januar wurde beim Deutschen Normenausschuß ein „Fachnormenausschuß für Hauswirtschaft“ gegründet, der die Normung der hauswirtschaftlichen Geräte betrifft. Die führenden Verbände der Verbraucher, Händler und Erzeuger von Hausrat aller Art arbeiten in diesem Fachnormenausschuß mit. 1. Vorsitzender ist Direktorator Marini von der Eintragsgenossenschaft Nord-Süd; 2. Vorsitzende ist Frau Dr. Marie Elisabeth Lüders, M. d. R.

Es wurden Unterschlüsse für folgende Gebiete eingeleitet: Eintragsblätter, Kochtöpfe, hauswirtschaftliche Maschinen, Betten und Bürsten, Küchengeräte aus Glas und Porzellan, Küchenschüssel; diese Unterschlüsse sehen die bereits angefangenen Normungsarbeiten fort und greifen neue Arbeiten auf.

Briefkasten

Au mehrere! Manuskripte dürfen nur einseitig und nicht zu eng beschriften werden.
W. Probennummern verwenden wir stets kostenlos.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag
Ludwig Müll, Magdeburg.
Druck: Buchdruckerei Hugo Peters (Allg. Ztg.), Dessau.

Postanhang

Die
An die

Bestellheim.

Exemplare
Ich bestelle hiermit

„Mitteldeutsche Rundschau“
für den

Monat
und bitte den Bezugspreis zusätzlich die
rechnung-Gebühr durch den Briefträger bei
mir erheben zu lassen.

Name:
Wohnort:
Straße:

It.

Hotel u. Restaurant
„Weißer Bär“
Bes. Ad. Thirngel.

Kriegsbeschädigte!
Care wirtschaftliche Interessenerhaltung ist einzig und allein der auf republikanischen Boden stehende
Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen.

Ausreichende Versorgung und Fürsorge ist kein Ziel, keine Parole: **Nicht Dank, sondern Recht!** Bestalt
Sinein in den Reichsbund!
Anmeldungen nehmen entgegen:
Gaugeschäftsstelle Magdeburg, Alte WirtstraÙe 18.
Bezirksgeschäftsstelle Halle, Drandertstraße 10 III.
Billigste Bezugsquelle
für Schuhwaren
B. Wolff's Gelegenheitskäufe
Schwertfegerstraße 14/15.

Alle Drucksachen
liefert schnell, sauber und preiswert
Hugo Alpers, Delitzsch
(Bez. Halle), Buchdruckerei, Fernsprecher 466

Feinste frische
Oldenburger Tafelbutter
in Postpaketen zu den billigsten Tagespreisen direkt ab
Molkerei Alghörden in Oldenburg.

Deutsche Einheit
Wochenschrift
Herausgegeben von Reichshalter J. D. Graf Bernstorff
M. d. R. und Senator a. D. Dr. Eubmann.
Frei-Werks-Verlag G. m. b. H., Hamburg 11.
Bezugspreis: Vierteljährlich 5 RM.

Hohenzollern-Park.
Jeden Dienstag, Mittwoch,
Donnerstag ab 3 1/2 Uhr
Kaffee-Konzert
mit
Kleinkunst-Bühne.

Salzquelle
Jeden Sonntag:
Konzert
Anschließend
Tanzkränzchen.

Altstädter Bürgersäle
Apfelstr. 9. Fernspr. 6774.
Inhaber Ferd. Preuß
Säle
Vereinszimmer
Speiserestaurant

Demokraten!
Beteiligt Euch an dem
Stammisch
jeden Dienstag ab 8 Uhr im
Hotel Weißer Bär.

Kampf um die Zölle.

Die demokratische Reichstags-Interpellation.

In der am 3. Februar abgegebenen Erklärung der Reichsregierung über das Programm des neuen Kabinetts wurde gesagt, daß die Regierung auch weiterhin bemüht zu werden, die Arbeitsmöglichkeiten zu vergrößern, den inneren Markt zu stärken und zur Gründung neuer Wirtschaft zu ihr zu beitragen. Weiter heißt es dann, daß die Regierung inaktiv bemüht sein wird, durch Ausbau des Handelsvertragswertes und durch Exportförderung den inneren Markt zu stärken und zur Gründung neuer Wirtschaft zu ihr zu beitragen. Weiter heißt es dann, daß die Regierung inaktiv bemüht sein wird, durch Ausbau des Handelsvertragswertes und durch Exportförderung den inneren Markt zu stärken und zur Gründung neuer Wirtschaft zu ihr zu beitragen.

Die demokratische Reichstagsfraktion, die ihren Optimismus hinsichtlich der Frage, ob man mit den deutschen internationalen Regierungsarbeit in diesem Sinne des Programms machen könne, durch ein Mißtrauensvotum zum Ausdruck gebracht hat, sieht selbstverständlich auf dem Standpunkt, daß eine ihrer Verantwortung bewußte Oppositionspartei die Regierung bei der Durchführung desjenigen Teiles des Regierungsprogramms, dem man als liberale Partei zustimmen kann, unterstützen muß. Eine solche Gelegenheit ergab sich zwangsläufig aus der Tatsache, daß am 31. März 1927 die im Mantelgesetz zum deutsch-schwedischen Handelsvertrag gegenüber den Vertragspartnern ermäßigten Zölle außer Kraft treten. Im Interesse der demokratischen, der bearbeitenden Industrien und des Grenzhandels liegt es, daß rechtzeitig eine geeignete Regelung stattfindet, die die Höhe der nach dem 31. März geltenden Agrarzölle bestimmt. Die deutsche demokratische Reichstagsfraktion hat deshalb in einer Interpellation die Reichsregierung aufgefordert, sich über die Vorlage eines entsprechenden Gesetzesentwurfes zu äußern, um ihr Gelegenheit zu geben, rechtzeitig die Verhältnisse so zu regeln, wie es im Interesse des inneren Marktes, dessen sich die Reichsregierung besonders annehmen will, notwendig ist.

In seiner Rede zum Regierungsprogramm hat als Vertreter der führenden Partei der Reichsregierung der Abgeordnete Dr. Siegelwald mit Recht auf die Bedeutung hingewiesen, die das große Heer der Arbeiter, Angestellten und Beamten und deren Kaufkraft für den inneren Markt besitzt. Es ist gar kein Zweifel, daß die gegenwärtige Lage des Arbeitsmarktes ein Zeichen für eine ganz besondere Schwäche des inneren Marktes darstellt und daß insbesondere die reduzierte Kaufkraft der nahezu zwei Millionen Arbeitslosen und ihrer Familien sowie der unzähligen Hilfsarbeiter, der Rentner, der vorwiegend für diese Schichten produzierenden Kräfte aus Handwerk und Kleinhandel für den inneren Markt ganz erheblich ins Gewicht fällt. Dazu kommt die große Zahl der kleineren und mittleren bäuerlichen Betriebe, deren Produktion und Absatz durch die hohen Futtermittelzölle erschwert wird. Es ist deshalb besonders zu begrüßen, daß die demokratische Reichstagsfraktion in ihrer Interpellation der Regierung nachsteht, mit der Neuregelung der am 31. März außer Kraft tretenden Zölle eine Befreiung der die mittlere und kleine Landwirtschaft drückenden Futtermittelzölle sowie eine Ermäßigung der der Kaufkraft des inneren Marktes schädigenden übrigen Getreidezölle anzurufen.

Eine zweite Gelegenheit zu positiver Arbeit der Reichsregierung im Interesse der Entwicklung des inneren Marktes durch Exportförderung ergibt sich zwangsläufig aus der Tatsache, daß der deutsche Zolltarif vom 17. Aug. 1925 und 31. Juli 1927 außer Kraft tritt. Wir haben jetzt genug gehabt, Erfahrungen darüber zu sammeln, wie sehr der letzte, ohne genügende Vorbereitung durchgeführte Tarif durch seine mangelnde Systematik und seine teilweise übermäßig hohen Sätze den Abschluß zünftiger Handelsverträge erschwert, die Produktion der deutschen Industrie, des deutschen Handwerks und der mittleren und kleineren Landwirtschaft verengt, den Export geschwächt hat. Die demokratische Reichstagsfraktion hat deshalb die Reichsregierung ersucht, sich zu äußern, wann sie das neue Zolltarifgesetz vorlegen wird und in welcher Weise sie beabsichtigt, den Reichstag an den Vorarbeiten zu diesem Gesetz zu beteiligen. Eine solche Beteiligung ist nämlich bei der Berechtigung des Zolltarifgesetzes vom 17. August 1925 vom Reichstag einstimmig gefordert worden, weil selbst die Parteien die es für ihre Pflicht hielten, dem Regierungsentwurf zustimmen, sich doch der Tatsache nicht verschließen konnten, daß eine hinreichende Prüfung im Reichstag nicht stattgefunden hatte, daß vielmehr

die meisten in der Regierungsvorlage enthaltenen Sätze bei Verhandlungen hinter verschlossenen Türen und unter unkontrollierbaren Umständen zustande gekommen waren. Es ist daher sehr zu begrüßen, daß durch diese demokratische Interpellation die Regierung auf die Möglichkeit hingewiesen wird, sich das Vertrauen in ihren guten Willen bei der Durchführung des Regierungsprogramms dadurch zu sichern, daß sie von vornherein die Öffentlichkeit über den Reichstag hinweg an diesen Dingen beteiligt. Besonders ist aber zu begrüßen, daß durch diese Interpellation zum Ausdruck gebracht wird, daß die demokratische Reichstagsfraktion nicht gewillt ist, Opposition um jeden Preis zu treiben, sondern vielmehr die Regierung durch entsprechende Anregungen in der Durchführung der allgemein gebilligten Grundzüge des Regierungsprogramms tatkräftig zu unterstützen.

Zu den Unruhen in Portugal.



Afonso Costa.

Nach neuesten Nachrichten haben die Aufständigen in Portugal bereits eine provisorische Regierung gebildet. Eines ihrer Mitglieder ist Afonso Costa, der im März 1926 zum Präsidenten der außerordentlichen Session des Volksrates gewählt worden war.

Soziales

Differenzen in der Mitteldeutschen Metallindustrie.

Der Verband Mitteldeutscher Metallindustrieller hat vor längerer Zeit die Manteltarife für die Mitteldeutsche Metallindustrie, die die Tarifbesitzende Halle a. S. und Magdeburg umfassen, gekündigt und einen Tarifentwurf an den Schlichtungsausschuß in Halle eingereicht. Dieser Entwurf enthält sehr viel Berücksichtigungen gegenüber der jetzt bestehenden Manteltarife. Die gegenseitigen Überstände, die sich bei den Verhandlungen ergeben, haben den Schlichtungsausschuß in Halle veranlaßt, die bisherigen Manteltarife des öfteren zu verlängern. Am 15. Februar laufen dieselben ab. Jetzt hat der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses in Halle, Herr Prof. Zoerges, den am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften einen Tarifentwurf vorgelegt, der sehr viel wesentliche Berücksichtigungen enthält. Die Verhandlungen hierüber finden am 15. und 16. Februar in Halle statt.

Die am 9. Februar stattgefundene Vertrauensmännerung des Gewerkevereins Deutscher Metallarbeiter H. D. von Magdeburg und Umgebung hat zu dem Entwurf des Prof. Zoerges Stellung genommen, und eine Entschließung einstimmig angenommen, in der es a. a. heißt:

Die Vertrauensmännerung des Gewerkevereins Deutscher Metallarbeiter H. D. von Magdeburg und Umgebung, hat von dem Manteltarif-Entwurf des Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses in Halle a. S., Herrn Prof. Zoerges für die Mitteldeutsche Metallindustrie Kenntnis genommen. Sie muß hierzu erklären, daß die

her Entwurf keine geeignete Grundlage für die zum 15. und 16. Februar anberaumten Verhandlungen bilden und lehnt aus diesem Grunde diesen Entwurf ab. Sie bedauert auf das lebhafteste, daß sich Herr Prof. Zoerges in der jetzigen Zeit bereit finden konnte, in das Gesamtwerk der Mitteldeutschen Metallindustriellen zu steuern. Die Verjämmlung ist der Ansicht, daß der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses sich allzu stark von Arbeitgeberseite hat beeinflussen lassen, und daß dadurch das Vertrauen der Mitteldeutschen Metallarbeiter zu dieser Schlichtungsinstitution erschüttert ist. Die Vertrauensmännerung stellt ferner fest, daß in den heutigen Produktionsprozess der Metallindustrie Mitteldeutschlands weit höhere Leistungen als wie früher an die Metallarbeiterleistung gestellt werden. Diese Mehrleistungen können nur durch eine Verlängerung des Arbeits, durch Verkürzung der Arbeitszeit sowie höhere Löhne ausgeglichen werden. Die Vertrauensmännerung bekundet einmütig, diesen Entwurf mit allen zu Gebote stehenden Mitteln auf das nachdrücklichste zu bekämpfen.

Steuerermäßigung durch Erhöhung der steuerfreien Beträge.

Mit dem 1. Januar 1927 sind die Bestimmungen des Gesetzes über die Vereinfachung der Lohnsteuer vom 26. Februar 1926 in Kraft getreten, nach denen Anträge auf Erhöhung nur noch gestellt werden können, wenn die tatsächlichen Aufwendungen für Werbungskosten und Sonderleistungen zwischen dem Betrag von 40 M monatlich übersteigen. Die Aufwandskosten für Werbungskosten, die der Lohnsteuerpflichtige einer dieser Beträge eine Erhöhung rechtfertigt, sondern eine Erhöhung kann mit Aussicht auf Erfolg nur noch beantragt werden, wenn Sonderleistungen und Werbungskosten zwischen dem Aufwandsbetrag von 40 M übersteigen. Es mag ausgenagt werden, daß darin eine gewisse Verschärfung gegenüber dem bisherigen Rechtszustand liegt, von einem Antrag wird aber kaum gesprochen werden können, nachdem es doch der Zweck der Aufwandsbefreiung ist, die tatsächlichen unter die Begriffe „Werbungskosten“ und „Sonderleistungen“ fallenden Ausgaben zu berücksichtigen. Zu den Werbungskosten gehören vor allem die unermesslichen Fahrtkosten von und zur Arbeitsstelle, unter Umständen auch die Kosten für besondere Berufsausrüstung, Werkzeuge usw., während unter den Begriff „Sonderleistungen“ sämtliche Aufwendungen für die Sozialversicherung fallen, ferner Lebensversicherungsprämien, Kirchensteuern, Gemeindeförderbeiträge, Aufwendungen für die Fortbildung und dergleichen. Soweit alle diese Ausgaben den Betrag von 40 M übersteigen, sind die Voraussetzungen für einen Antrag auf Erhöhung gegeben. Eine Berücksichtigung solcher höheren Aufwendungen kann nur noch auf diesem Wege erfolgen. Die Möglichkeit von Steuerermäßigungen aus diesem Anlaß ist befristet. Eine Erhöhung der steuerfreien Beträge kann ferner auch dann beantragt werden, wenn der Steuerpflichtige in der Lage ist, das Vorliegen besonderer Verhältnisse (Unterhaltspflichten, Krankheit oder andere Unglücksfälle usw.) nachzuweisen, die ihn härter befallen als sonstige Arbeitnehmer in gleichen Verhältnissen. Solche besonderen Verhältnisse können, wie uns der „Gewerkschaftliche Pressedienst“ schreibt, jedoch auch am Tarifschluß geltend gemacht werden und Steuerermäßigungen zur Folge haben. Steuerermäßigungen für 1926 müssen in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1927 beantragt werden. Anträge sind stets unter Vorbringung der Steuerkarte und der sonstigen Beweismittel an das Finanzamt des Wohnortes zu richten.

Sozialversicherung und freie Berufe.

Der Antrag der Demokratischen Reichstagsfraktion, in dem die Regierung ersucht wird, zu prüfen, ob und inwieweit eine Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenen-Versicherung für die Angehörigen der freien Berufe geschaffen werden kann, hat in den Kreisen der freien Berufe berechtigtes Aufsehen erregt. Der Reichstagsfraktion sind sowohl aus den Kreisen der Landwirtschaft wie aus denen der übrigen freien Berufe zahlreiche zustimmende Äußerungen zugegangen. Hinsichtlich der Ärzte besteht in Süddeutschland durchweg bereits eine Versicherung der Ärzte und ihrer Hinterbliebenen gegen Alter, Invalidität und Todesfall. Auch in Preußen ist die Frage seit einigen Jahren in verschiedenen Provinzen bereits intensiv bearbeitet worden so daß z. B. die Ärzte der Provinz Brandenburg vollständig mit Rechtsanspruch versichert sind. In Süddeutschland und in Hannover bestehen ähnliche Einrichtungen, die allerdings zum Teil nach wesentlich besser ausgebaut werden müssen und nicht selten noch auf einem Unfallversicherungs ohne Rechts-

Chrenobermeister Landtagsabgeordneter Kniest

spricht am Montag, den 14. Februar, abends 8 Uhr in den Altstädter Bürgerhäusern über:

Die Sorgen der Gewerbetreibenden

Angehörige des Mittelstandes, erscheint zahlreich!

anspruch härteren. Der Deutsche Metzgerei-Verein hat in einem Schreiben zum Ausdruck gebracht, daß er die gute Absicht der Demokratischen Partei, die Metzgerei in ihren Nöten zu fördern, dankbar begrüßt. Von Seiten des Bundes Deutscher Jovillengenteure ist angeregt worden, auch die Jovillengenteure und die Architekten in diese Prüfung mitinzubeziehen.

Ältere Angestellte, Berufszählung und Arbeitgeber.

Ueber die Beteiligung der älteren Angestellten und der Angestellten überhaupt nach der Berufszählung von 1925 werden in „Wirtschaft und Statistik“ nunmehr einige wichtige Teilergebnisse veröffentlicht. Die Berufszählungen erstrecken sich allerdings insofern vorläufig nur auf Hamburg, Lübeck, Anhalt und Oldenburg. Nach Aufzählung des Statistischen Reichsamtes können aus diesen Teilergebnissen aber immerhin bereits allgemeine Schlussfolgerungen gezogen werden. Die Berufszählung zeigt, daß der Prozentsatz selbst der weiblichen kaufmännischen älteren Angestellten im Vergleich zu den männlichen immer noch sehr gering ist. Bei den technischen Angestellten und Werkmeistern hat man auf eine Unterbreitung nach dem Geschlecht überhaupt verzichtet, weil hier die Beteiligung eine noch geringere Bedeutung hat. Weiter lassen die Ergebnisse auch bei den männlichen kaufmännischen Angestellten in Industrie und Handwerk eine stärkere Beteiligung der älteren erkennen, als dies im Handel und Verkehr der Fall ist. Während die Beteiligung im Handel und Verkehr zwischen 14 und 24 Prozent schwankt, stellt sich der Prozentsatz in Industrie und Handwerk auf 23 bis 31 Prozent. Stärker noch ist der Anteil der Älteren in den technischen Berufen. Hier ergeben sich Prozentfiguren von 25 bis 39, während bei den Werkmeistern beiderlei Geschlechter der Anteil sogar auf 57 bis 73 Prozent steigt, sodas hier also die Jüngeren sogar in der Minderzahl bleiben.

Es braucht nach alledem durchaus nicht zu überraschen, wenn die Arbeitgeber bei ihren Erhebungen über die Zahl der beschäftigten älteren Angestellten in der Industrie verhältnismäßig hohe Zahlen nachzuweisen vermögen. Wie groß in Wirklichkeit die Stellenlosigkeit der älteren Angestellten ist, ergibt sich aus dem nachstehenden Beispiel: Beim öffentlichen Arbeitsnachweis D a n n a r d i waren Ende November 1928 243 freilebende männliche Bewerber vorgemerkt, von denen nicht weniger als 194, also rund vier Fünftel auf die Angestellten über 40 Jahre entfielen. Betrachtet man dagegen die Zahl der bis zu dem genannten Zeitpunkt im Jahre 1926 untergebrachten Bewerber, so ergibt sich das gerade umgekehrte Verhältnis, denn hier entfielen von 188 insgesamt untergebrachten männlichen Angestellten 154 auf die jüngeren und nur 34 auf die älteren Kräfte über 40 Jahre. Nach Aufzählung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten sollte dieses Beispiel genügen, um alle objektiv denkenden Stellen von der Notwendigkeit eines Eingreifens des Gesetzgebers zu überzeugen.

Parteinachrichten.

Bezirk Magdeburg.

Veranstaltungen
der
Deutschen Demokratischen Partei,
Ortsgruppe Magdeburg.

Geschäftsführender Ausschuss: Montag, den 21. Febr. abends 7½ Uhr in der Geschäftsstelle, Breiterweg 139 bis 140.

Stammisch: Dienstag, den 15. Februar, abends 8 Uhr Hotel „Weißer Bär“, WeinstraÙe 6.

Politische Aussprache: Sonntag, den 13. Februar vormittags 11 Uhr in der Freundschaft, Prälatenstraße 32; Redner Landtagsabgeordneter Herrmann-Breslau spricht über die politische Lage. Gäste, durch Mitglieder eingeführt haben Zutritt.

Mittelstandsversammlung. Die Gruppe für Handwerk und Gewerbe veranstaltet am Montag, den 14. Febr. abends 8 Uhr, in den „Mittläder Bürgerhäusern“, Apellstraße 9, einen Vortragabend. Ueber „Mittelstandsfragen im Reichs- und Landtag“ spricht Ehrenobermeister Abg. K n i e f e - C a s s e l. Angehörige des Mittelstandes sind willkommen.

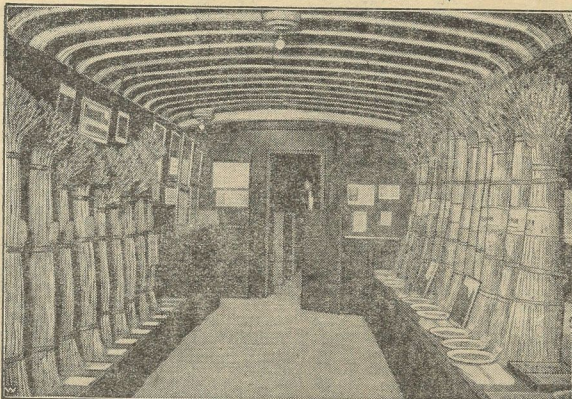
Gruppe Nordfront-Alte-Neustadt. Versammlung mit Namen am Dienstag, den 15. Febr., abends 8 Uhr, im Cafe der Nationalstraße bei Wohlgelegen. Korrektor G e n a u i n g spricht über „Kirche und Republik“. Gäste willkommen.

Demokratische Jugend. Freitag, den 18. Februar, abends 8 Uhr, im Frantz-Jugendheim, Zimmer 8, Jahreshauptversammlung. Freunde unserer Bewegung willkommen.

Demokratische Frauen. Montag, den 28. Februar, abends 8 Uhr, Vortragabend in der Freundschaft, Prälatenstraße 32. Das Referat hat Frau Abg. Dr. K l a u s e r übernehmen.

Ausführen der Mitgliedsbeiträge. Die Beiträge für die Deutsche Demokratische Partei sind fällig. Alle Einzelnahmeholder, die keiner Ortsgruppe oder keinem Kreisverein angehören, bitten wir freundlichst, die Mitgliedsbeiträge umgehend an die Deutsche Demokratische Partei in Magdeburg abzuführen. Der Mindestbeitrag beträgt vierteljährlich 1 Mark. Die schuldigen Mitglieder bitten wir, uns durch freiwillige Erhöhung des Beitrages die Arbeit zur Fortbildung unserer Organisation zu erleichtern. Rückständige Beiträge aus dem Jahre 1926 bitten wir möglichst bis 20. ds. Mts. einzuflehen. Ebenso herzlich bitten wir um Erfüllung der fälligen Bezugsgebühren für die „Mitteilungsblätter“.

Landwirtschaftliche Ausstellung auf Rädern



Der französische Landwirtschaftsminister reichte kürzlich einen Zug ein, der eine landwirtschaftliche Ausstellung mit wichtigen Hinweisen für die Landwirtschaft und vielen technischen Neuerungen enthält. Man beachtigt, diesen Zug durch ganz Frankreich laufen zu lassen.

Wick in einen Waggon mit aufgestellten Getreidegarben und den dazugehörigen Samen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Abteilung Mittelh. Am Dienstag, den 1. Februar, hielt die Abteilung über gut besuchte Generalversammlung im Weissenhof ab. Der erste Vorsitzende Kamerad Holz gab den Jahresbericht, aus dem hervorging, daß die Veranskaltungen des verflohenen Jahres ihren Zweck, der Vertiefung und Pflege des republikanischen Bewusstseins zu dienen, voll erreicht haben. Erwähnenswert ist, daß die Mitgliedszahl nunmehr rund 2000 beträgt. Nach dem Bericht der Revisoren konnte dem Kassierer Entlastung erteilt werden. Die Konwahl des Vorstandes ergab Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder. Neu hinzu gewählt wurde der Kamerad S t o r b e. Nach Mitteilungen über die Verbesserung des 1. Vorsitzende die harmonisch verlaufene Versammlung.

Gewerbetreibende, Handwerker!

Wir machen an dieser Stelle nochmals auf die Versammlung der Deutschen Demokratischen Partei, Gruppe für Handwerk und Gewerbe aufmerksam, die am Montag, den 14. Februar, abends 8 Uhr in den „Mittläder Bürgerhäusern“ stattfindet. Der bekannte Landtagsabgeordnete Ehrenobermeister K n i e f e - C a s s e l behandelt aktuelle Fragen des Mittelstandes. Die Leser unseres Blattes sind zu dieser Versammlung jedl. eingeladen.

Die Deutsche Demokratische Partei veranstaltet am Sonntag, den 13. Februar, vormittags 11 Uhr in der „Freundschaft“, Prälatenstr. 32, eine große politische Aussprache. Landtagsabgeordneter H e r m a n n - B r e s l a u über die politische Lage. Er wird die Regierungstrategie, die Regierungsbildung und die Stellungnahme der Deutschen Demokratischen Partei zur neuen Reichsregierung erörtern. Wir brauchen nicht besonders hervorzuheben, daß der Referent sehr viel Neues bringt, was in den Tageszetteln nicht behandelt wurde. Da die Demosaten ebenfalls Geschicklichkeit genießen, haben Gäste, durch Mitglieder eingeführt, Zutritt. Die Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei bitten wir dringend, möglichst pünktlich zu erscheinen, damit Störungen vermieden werden.

Handwerker erwacht!

Uns Kreisen des Kleinhandwerkes erhalten wir diese Zeilen: In einer sehr schwierigen Lage befinden sich 3. J. die Kleinhandwerker, die kleinen Meister, hervorgerufen durch die allgemeine Arbeitslosigkeit, auch durch die industrielle Konkurrenz.

Hauptsächlich im Schuhmachereberuf befinden sich die kleinen Handwerker in einer sehr bedauerlichen Lage. Die Umsätze sind gering, die Unkosten enorm. Die Entnahmen reichen meist nicht aus, um die Ausgaben zu decken und die Folge davon ist eine fortwährende Verschuldung. Für einen soliden, strebsamen Geschäftsmann eine sorgenvolle Zukunft.

Der Handwerker ist zumeist organisiert in wirtschaftlichen Organisationen, wie Innungen und Handwerkerverbänden. Er hält sich meist der Politik fern und denkt, es genügt, wenn er Wirtschaftspolitiker macht, wie sie von falschen Freunden gepredigt wird. Wirtschaftspolitiker kann nur von den politischen Parteien betrieben werden. Ohne Staatspolitik keine Wirtschaftspolitik. Hier muß ein Rad in das andere greifen. Wirtschaft und Staat sind aufeinander angewiesen.

Es ist falsch, wenn man glaubt, daß eine Partei, die nur wirtschaftliche Fragen behandeln will, Erfolge hat. Beweis: die Wirtschaftspartei. Wo sind die Erfolge? Kennt man das Staatspolitik, wenn man nur in der Opposition bleiben will. Eine Partei, die keine Verantwortung übernehmen kann oder will, ist keine Partei von dauerndem Bestand. Bedauerlicherweise laufen so viele kleinere Handwerksmeister dieser Partei nach, in der Hoffnung, daß sie Hilfe bringt. Nicht nach den Worten, sondern nach den Taten soll man eine Partei beurteilen. Handwerker, wie sehen solche Taten aus? Die Wirtschaftspartei wird geführt von extremen Hausbesitzern, die nur ihre Interessen wahren. Deshalb fort mit der Zwangswirtschaft. Der Ausgang ist da. Und die Erfolge? Rückgängigen, Mieterhöhungen. Weis die Wirtschaftspartei, besonders Herr Francois, wie rigoros hat die Hausbesitzer

zu Werke gingen? Weis er überhaupt, wie schlecht finanziell die kleinen Handwerker stehen. Nennt er diese Politik der Wirtschaftspartei Mittelstandspolitik? Der Mittelstand wird hier bewußt von einer Partei, die angibt, die Interessen des Mittelstandes zu wahren, verraten und verkauft.

Handwerker, laßt von diesen falschen Freunden! Sie können Euch nicht helfen. In Thüringen hat sich die Wirtschaftspartei mit den Katholiken, den Wälfischen, verbunden, also mit Elementen, deren Politik geradezu handwerkerfeindlich ist. Der Handwerker kann mit solchen Parteien keine Gemeinschaft pflegen. Wer sich für eine gesunde Politik interessiert, der nehme an der Versammlung am Montag, den 14. Februar, abends 8 Uhr in den „Mittläder Bürgerhäusern“ teil. Hier spricht ein erfahrener Obermeister, Landtagsabgeordneter K n i e f e, der über eine lange parlamentarische Tätigkeit verfügt, über alle Fragen, die uns Kleingewerbetreibende interessieren. Kleinhandwerker besuch diese Versammlung.

Geheimer Raurat und Stadtbaurat i. R. Otto Peters.

Am Montagabend verschied das frühere Magistratsmitglied, Geheimer Raurat und Stadtbaurat i. R. Otto Peters im Alter von 77 Jahren. Raurat Peters wurde am 14. August 1884 von der Stadtverordnetenversammlung zum Stadtbaurat gewählt und nach der Bestätigung der Wahl durch den Regierungspräsidenten, die am 19. September 1884 erfolgte, in der Stadterordnetenversammlung vom 13. Oktober 1884 als Stadtbaurat eingeführt. Durch die Stadterordnetenversammlung vom 11. Juni 1896 bzw. 4. Juni 1908 erfolgte die Wiederwahl des Verstorbenen auf jeweils 12 Jahre zum Stadtbaurat. Am 23. Oktober 1920 trat er in den Ruhestand. Während seiner 30jährigen Dienstzeit hat der Verstorbene ununterbrochen an der Spitze der städtischen Bauverwaltung gestanden und auf diesem wichtigen und verantwortungsvollen Posten unermüdet Arbeit mit großem Erfolge und fester Pflichttreue für die Stadt geleistet. Die ganze bauliche Entwicklung der Stadt Magdeburg auf dem Gebiete des Hochbaues und des Tiefbaues, insbesondere auch bei der Durchführung des Bebauungsplanes, ist von dem Verstorbenen während seiner Amtszeit richtunggebend beeinflusst worden. Als höchster Baubeauftragter der Stadt sind die sämtlichen städtischen Hochbauten, die Kanalisation, die Entschlackung und Stadterweiterung mit ihrem umfangreichen Straßennetz, die Brückenbauten und alles, was sonst in baulicher Hinsicht geschaffen worden ist, entweder auf seine eigene Art oder auf seine Initiative zurückzuführen. Auch außeramtlich hat der Verstorbene sein Können und Wissen in den Dienst der Allgemeinheit gestellt. So hat er sowohl die Vaugenheilstätte Vellau als auch die Vaugenheilstätte Waggelgang unentgeltlich erbaut und auch nach der Vollendung in baulicher Hinsicht überwacht.

Verstorbener Bekannter.

Wegen Vergehen gegen das Gesetz zum Schutze der Republik wurde vor dem Bonner Schöffengericht ein Polizeimeister zu M 300.— Geldstrafe bzw. einem Monat Gefängnis verurteilt. Mit Recht wies der Gerichtsvorsteher darauf hin, daß das Vergehen des Angeklagten umso erschwerender sei, weil er die gleiche Republik verfassung, deren Gehalt er beziehe und deren Verfassung er den Treueid als Beamter geleistet habe.

Diese Proleten!

In einem Nest der Magdeburger Gegend will sich eine Ortsgruppe des Reichsbanners gründen. Der Patriarch und ungekrönte König des Dorfes ist Gutsbesitzer und Bierbrauer zugleich. Ein Mensch mit schwarz-weiß-roter Seelenfärbung. Man braucht für die Gründungsfeier einen Platz, eine Zeitplane und Bier. Man begibt sich deshalb zum Patriarchen und bittet um die drei Dinge. „Haben wir nicht. Ausgeschlossen.“ Da find zwei Arbeiter, deren Partzellen aneinander grenzen. Das gibt den Platz. Man bittet nochmals alleruntertänigst um eine Zeitplane und Bier. „Ausgeschlossen. Haben wir nicht.“ Schließlich wird auch irgendwo eine Zeitplane aufgetrieben. Zum dritten Male nach der Folsauskunft dem Patriarchen.

Platz ist da, die Zeitplane ist da, nur nur noch Bier. „Da, dem steht selbstverständlich nichts mehr im Wege.“

Die Stützung steigt, aber der Bierkonsum bleibt hinter den Erwartungen des Patriarchen zurück. Sein Sohn erzählte diese Geschichte und schließt sie ab: „Die Republikaner-Praktiken! Was andershabt Lomden Bier!“
Simplicissimus.

Kalifornienburg. Oeffentliche Versammlung. In einer sehr gut besuchten demokratischen Wählerversammlung sprach Stadtdirektor Dürre-Magdeburg über **Mittelstand und Politik.** Redner weist darauf hin, daß die Deutsche Demokratische Partei es als ihre vornehmste Aufgabe betrachtet, den Mittelstand, zu dem er nicht nur die Handwerkermeister, sondern auch die Gewerbetreibenden und Landwirte zählt, zu schützen und zu befähigen. Im einzelnen ging Redner auf die Politik der Deutschen Demokratischen Partei in Reich und Staat für diese Berufskreise ein und behandelte u. a. die Frage der Gewerbesteuer, Steuerabgaben, sowie Forderung. Der Vortrag fand gute Aufnahme. In der nachfolgenden Besprechung meldete sich der Vertreter des Landbundes, Kreisstadtsabgeordneter Busse-Görke. Busse hat, wie er berichtet, vom Landbund den Auftrag bekommen, nach der demokratischen Versammlung zu gehen, um dort für die **Einigkeit des Bauernstandes Propaganda zu machen.** Mit dem Landbund muß es wirklich schlecht bestellt sein, wenn er den Versuch machen muß, einen kleineren Gewerbetreibenden für seine Propaganda einzufangen. Die Einigkeit des Landbundes hat jedoch ihre Taten. Am 13. Februar finden die Wahlen für die Landwirtschaftskammer statt und dazu bedarf der Landbund der Stimmen der kleineren Landwirte. Die Landwirte wählen die Liste des Bauernbundes des Sehl-Brandsdorf. Was Abgeordneter Busse über die Politik der demokratischen Kreisstadtsabgeordneten schiederte, wurde vom Parteiführer Münz widerlegt. Dieser weist nach, daß Abgeordneter Busse nicht der geeignete Vertreter der Bauern ist, weil er die Sorgen und Nöte der kleinen Landwirte nicht kennt und weil er ferner als Vertreter des Großgrundbesitzes durchaus kein Interesse hat, daß den kleinen Landwirten geholfen wird. Interessant war ferner, daß Busse einige Landbündler mit den Ausführungen der Herren Dürre und Münz durchaus einverstanden waren. Es dümmert. Die kleinere Landwirtschaft sieht allmählich ein, daß mit dem Landbund keine Bauernpolitik zu betreiben ist. Wirkliche Bauernpolitik kann man nur mit Gleichgesinnten und mit Parteien betreiben, die beweisen haben, daß sie es ernstlich mit dem Bauernland meinen und so konnte Stadtdirektor Dürre in seinem Schlusswort unter lebhaftem Beifall nachweisen, daß die Deutsche Demokratische Partei die einzige Partei ist, die sich bisher ganz energisch für die Befreiung der kleineren Landwirte eingesetzt hat. Gärtnereibeiwohner A. E. r, der Leiter der Versammlung, wies darauf hin, daß die Deutsche Demokratische Partei voraussichtlich im Monat März wieder eine Versammlung veranstalten wird.

Sudkau. (Landbundesversammlung). Die Landbündler sind eigenartige Heiden. Wer nicht mit ihnen einer Körperpartei, ist ein Verräter oder Schädling. Die Demokraten haben es bei den letzten Kreisstadtsabgeordneten abgesehen, mit den Landbündlern und Wölfschen auf eine Liste zu gehen. Sie haben einen eigenen Wahlvorsatz eingereicht mit dem Erfolg, daß Herr Landwirt Dürre, Mödchen und Herr Fleischermeister Weglich, Gröden, in den Kreisstadtsabgeordneten gewählt wurden. Die Landbündler wäre es nun sehr ernstlich gemein, wenn diese beiden Demokraten mit der Rechtsfraktion eine Arbeitsgemeinschaft gebildet hätten. Die Folge davon wäre gewesen, daß der Kreisstadtsabgeordnete 1 eine ausgesprochene Rechtsmehrheit bekommen hätte, die vermutlich ganz rückfällige ihre einseitigen Interessen wahrzunehmen hätte. Die Demokraten haben den Landbündlern diese Tour verweigert. Sie haben zwar versucht, die beiden Bauernbündler, die auf der Rechtsliste gewählt waren, zu einer gemeinsamen Fraktion zu bitten. Die mutigen Bauernbündler haben Angst bekommen vor diesem Schritt. Sie sind sich und den Landbündlern treu geblieben. Die Demokraten haben daraufhin beschloffen, ihre eigenen Wege zu gehen und haben damit gut verfahren. Die Landbündler und besonders ihr Geschäftsführer Dr. Deicke erzählen in den Kreistagen 1 und 2, daß die beiden Demokraten mit den Sozialdemokraten gingen und damit die bürgerliche Einheitsfront, die sie so schönlich erleben, in die Brüche ging. Es ist auch furchtbar, daß die Demokraten sich nicht mit dem Landbund und seinen treuen Gefährten an einen Tisch setzen. Diese Angst vor den Demokraten hat der Landbund sehr erwidert, weil am 13. Februar d. Js die Wahlen für die Landwirtschaftskammer stattfinden. Daher wäre es doch zu nett gewesen, wenn die demokratischen Bauernbündler die Liste des Landbundes gewählt hätten. Das ist nun auch nicht der Fall, denn der Bauernbund hat eine eigene Liste aufgestellt, und die Demokraten unterstützen diese Liste. Deshalb muß der Landbund ein bisschen Krach machen. Wir können ihm das Bergangen, nur eruchen wir ihn, für die Folge nicht Kreisstadtsabgeordneten Busse auf die Bühne zu schicken, um dort für die Einigkeit des Bauernstandes zu predigen. Auch Wölfe im Schafspelz sind erkennbar.

Dieserleben (Bode). Am Montag, den 7. d. M., fand im Hotel „Stadt und Land“ unsere monatliche Zusammenkunft statt, die gut besucht war und an der auch unser Geschäftsführer Herr W. H. Salberstadt teilnahm. Nach Begrüßung und Dank an die Erscheinenden gab der 1. Vorsitzende, Studentent Dr. A. H. r, einen Bericht über den landwirtschaftlichen Vortragsabend in Braunschweig. In kurzen Umrissen gab er inhaltlich die Reden der Abgeordneten Rönneburg und Meinte wieder und verbreitete sich dann besonders über das neu aufzufassende Agrarprogramm der Partei. Am Schluß seiner Ausführungen stellte er den Antrag, in dieses Programm die Einführung der gestaffelten Grundvermögenssteuer (Anhaltisches Muster) aufzunehmen, der einstimmig angenommen und gleich dem anwesenden Geschäftsführer übergeben wurde. Das Hauptereignis des Abends war der Vortrag des Herrn A. H. über „Gehesenes und Erlebtes in Italien“. Im 1. Teil

des Vortrages führte der Redner die Zuhörer nach dem sonnigen Süden, schilderte die prachtvollen Naturschönheiten des Landes und ging dann im 2. Teil auf die politischen Verhältnisse ein. Alle Anwesenden folgten den interessanten 1 1/2 stündigen Ausführungen mit stichtlichem Interesse und spendeten am Schluß starken Beifall. Alles in allem kann der Abend als sehr gelungen bezeichnet werden und wird sicher der Ortsgruppe neue Freunde zuführen.

Göhen. Reichsgründungsfeier im Demokratischen Klub. Am Montag, den 14. Januar hatte der Demokratische Klub seine Anhänger nach dem „Schützenhaus“ zu einer **vaterländischen** Feierstunde eingeladen. Man war der Einladung recht zahlreich gefolgt und konnte Besucher aus allen Berufskreisen feststellen. Der erste Vorsitzende, Stadtdirektor Lohmann, Mitglied des Anh. Landtags, wies in seiner Begrüßungsansprache in martigen Worten auf die Bedeutung des 18. Januars hin, wobei er bemerkte, daß die deutschen Demokraten jederzeit die geschichtlichen Verhältnisse vor dem Staatsumwälzung zu würdigen verstehen. Er zitierte Worte mit seinem Ausspruch:

Nichts kommt von selbst,
aus die Vertretung unserer
Wochenschrift
muß erarbeitet werden.
Werbet bei allen Gelegenheiten Leser!
Probefläche durch den Verlag
Magdeburg, Breiterweg 139/140

„Am deutschen Wesen soll die ganze Welt genesen!“ Der Redner betonte, daß dieses Wort niemals in Begleitung von Säbelgeflatter anzuwenden sei. Ammehz nahm Stadtdirektor Rektor Friede das Wort zu seinem Vortrage. Der Redner geniesst den Ruf, ein Spezialist auf geistlichem Gebiet zu sein. Er sprach über das Thema: „Der 18. Januar in der deutschen Geschichte und seine Bedeutung für uns!“ Er erschöpfte dieses Thema gründlich. Zurückgehend bis auf den „alten Fritz“ schilderte er die Entwicklung in Deutschland, vor allem wie Bismarck sein Werk formen und vollenden konnte. Er ließ die Männer vor dem geistigen Auge der Anwesenden erstehen, die tatsächlich am Werke gehalten haben, soll vor allem den Männern der Paulskirche hohe Anerkennung und skizziert sie als die Elite des damaligen Deutschlands. Der Vortragende behandelte Verfassungsfragen bis in die heutige Zeit und beleuchtete Bismarcks Werk in den verschiedenen Phasen. Am Schluß seiner Ausführungen ergeht die Mahnung, auch dem heutigen Staate zu dienen und der Redner schied, welches Ziel uns vorgelegt sei. Die Einigung des deutschen Volkes unter dem Banner Schwarz-Rot-Gold muß unsere hohe Aufgabe sein. Reicher Beifall lehnte am Schluß der Rede unseres Parteifreundes Rektor Friede ein. Ammehz wartete Herr Ebert Spiegel, unser heimischer Pfarrer, hinterher begleitet von Herrn Groß, von der Deutschen Hochschule, mit Lieben und Franz Schubert auf. „Die Fahrt zum Aben.“ „An die Partei“ und noch eine Zugabe erklangen. Der junge Künstler, der erst kürzlich hier eine Würdigung fand, ließ seinen vollen Mut erklingen. Es ist immer wieder ein Genieß, seinem Gehörge zu lauschen zu können. Stud. Dir. Lohmann dankte die Vorträge und die Republikaner und ihre Arbeiter. Ein gegenseitiges Bekanntheitsbesuch des sehr gelungenen vaterländischen Abend. E. H.

Steuerkalender für den Monat Februar 1927.
Bei den städtischen Steuerstellen sind zu zahlen bis 15. Februar dieses Jahres:

- 1. Ertragssteuer** für die Monate Januar bis März 1927 (4. Quartal) gemäß Vermögenssteuergesetz. Der Kommunalzuschlag beträgt 600 bzw. 720 Prozent des Steuergrundbetrages.
- 2. Lohnsteuer.** Die Steuer beträgt 1100 Pro. des Steuergrundbetrages gleich 1,1 Prozent der im Monat Januar gezahlten Gehälter und Löhne. Wie bisher, ist bis zum Fälligkeitstermin außerdem eine **Voranmeldung nach vorgezeichnetem Formular** bei der zuständigen Zehntelstelle einzureichen. Vordrucke sind von der Buchdruckerei Wapler, Große Junkersstraße 2, zu beziehen. Nur diese sind zu verwenden. Die Höhe der Vorauszahlung ist vom Steuerpflichtigen selbst zu errechnen und auf dem Steuerfeld für 1925 nachzutragen.
- 3. Grundvermögenssteuer** (Staatliche und kommunale).
 1. Für den Monat Februar für bewachte Grundstücke, die nicht dauernd land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken zu dienen bestimmt sind, Kommunalzuschlag 200 Prozent;
 2. für die Monate Januar bis März 1927 für solche Grundstücke, die dauernd land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken zu dienen bestimmt sind, Kommunalzuschlag 250 Prozent.
- 4. Rangloshüter für Monat Februar** gemäß Steuerzettel.
- 5. Hauszinssteuer für den Monat Februar.** Als Hauszinssteuer wird im Regelfalle der zehnjährige Betrag der staatlichen Grundvermögenssteuer bei be-

halten Grundstücken, sofern diese nicht land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken zu dienen bestimmt sind, erhoben. Wegen der etwaigen anderweitigen Normierung der Hauszinssteuer wird auf unsere Bekanntmachung vom 3. Juli vorigen Jahres verwiesen.

E. Berufsschulbeiträge für das Schuljahr 1926.

Die Veranlagungsschreiben zu den Berufsschulbeiträgen für das Schuljahr 1926 (1. d. B. bis 31. 3. 27) sind erst jetzt den Pflichtigen zugegangen. Es ist mithin der ganze Jahresbeitrag am 15. Februar d. Js. fällig, sofern die Veranlagungsschreiben sich bereits 14 Tage im Besitz der Pflichtigen befinden. Bei späterer Zustellung ist der Jahresbeitrag binnen 14 Tagen nach Zustellung des Veranlagungsschreibens zu entrichten.

Bei Ueberziehung oder Ueberweisung der Steuern ist Steuerart, Zeitabchnitt, für den gezahlt wird, sowie Fehlerlokalnummer und Zahlstelle genau anzugeben.

Wer hat bezahlt? Eingeklagte Magdeburg:
D. H. Magdeburg 24,25 Mark, E. Sch-Magdeburg 4,25 Mark, D. Th-Göhen 7,20 Mark, M. Sch-Krüger 4,65 Mark, Dr. L. Magdeburg 9 Mark, R. M. Magdeburg 8,25 Mark, J. U. Magdeburg 9 Mark, M. H. Tangerhütte 4 Mark.

Bezirk Halle.

Deutschnationales Urteil über das Zentrum.

Madame Zentrum ein gefallenes Mädchen.
Halle. Auf welche Lebenswürdigkeiten sich das Zentrum nach seiner Koalition mit den Deutschnationalen von diesem noch gefällig machen kann, dafür liefert die deutsch-nationale Provinzpresse schon jetzt erbauliche Proben. Zingellose als die großstädtische Rechtspreffe und von tatsächlichen Hemmungen unbedünnt, läßt sie ihrem Urteil über die politische Bundesgenossin freien Lauf. So nennt sie in Halle in ihrer Sonntagsschau Madame Zentrum ein gefallenes Mädchen, das ein Verhältnis mit dem Sozi hatte, das leider nicht ohne Folgen blieb. Früher sei das Mädchen fitfam, fromm und monarchistisch gelehrt gewesen, im Verkehr mit dem göttlichen Geistes aber immer mehr heruntergekommen. Endlich habe Vater Hindenburg es wieder auf den richtigen Weg gebracht und zu einer Ehe mit den Deutschnationalen gezwungen, auf daß es sich wieder zu alten, guten Sitten zurückfinde. Aber schon von der Hochzeitsfeier (Regierungserklärung) weg habe das freilebige Weib verlebte Wege nach dem alten Galan geworfen und ihm sagen lassen (Grunder), daß seine alte Liebe nicht mehr und man wieder gemeinsam feige Stunden verleben könne. Madame mit ihrer bodenlosen Vergangenheit und mit den angenommenen unfeinen Gewohnheiten habe eben kein Verständnis für das Opfer, das ihr ein republikanischer Mann mit der Beschickung gebracht habe und erklärt diesem losen, angetrauten Ehegatten, sie werde das Verhältnis mit dem früheren Liebhaber beibehalten.

Ein impopuläres Bild, so fährt die Rechtspreffe fort, sei ein gehörter Ehegenuß nie, aber hier müßte man doch fragen, ob eine solche Ehe Bestand haben könne und ob sich die Deutschnationalen, wenn sie dies alles schluden, nicht der Lächerlichkeit aussetzen. Daß bei Madame Zentrum eine Bösartigkeit einträte, sei kaum anzunehmen. Denn wer sie ferne, neige nicht zum Optimismus.

Diese Lebenswürdigkeiten bekommt das Zentrum also schon in den Glittermedien zu hören. Es ist nicht ohne Reiz, in dem von der Rechtspreffe gewählten Bilde einer Ehe zu bleiben und sich dabei Marx als gefallene Jugend und seinen Kollegen von Kuehl als gehörten Ehemann vorzustellen.

Frontzeil.

Halle. Im „Allen Doffauer“, dem Blatt der sogenannten Vaterländischen, kann man in jeder Nummer lesen, daß nur der Frontzeil Deutschland wieder auf die Beine stellen und aus der Jugend wieder Charakter erzeugen kann. Wie sich der „Alle Doffauer“ diese Erziehung denkt und wie er selbst dabei mit einem eindeutigen Beispiel vorangeht, dafür Folgendes:

In seiner Ausgabe vom 5. Februar kommt er auf den Fall des Zehrents Grünblatt in Kassel zu sprechen. Dieser „Jugendzeiler“ hatte bekanntlich über die Reichsfarben in einem Zeitungsartikel gelagt: „Farben, an denen so viel Verrat, Nichtswürdigkeit und Heimtücke liegt, sind nicht geeignet, sich in den Herzen des deutschen Volkes einzubürgern.“ Für diese Schmähung der Reichsfarben ist Grünblatt im Disziplinerverfahren mit Dienstentlassung ohne Unterbrechung bestraft worden, nachdem ihn das Gericht vorher bezeichnender Weise nur zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt hatte. Ueber dieses Disziplinurteil schreibt nun der „Alle Doffauer“ Gevoalt. Er meint, wie man einen alten Frontsoldaten, weil er seiner nationalen Ueberzeugung und zwar nicht einmal in besonders extremer Form Ausdruck gab, deshalb aus Lohn und Brot bringen könne. Das sei die Personalpolitik der Republik. — Danach ist man also im „Allen Doffauer“ mit Grünblatt einer Meinung und hält es für den Wunsch, „nationaler Gefinnung“ wenn schon die Jugend zur Verächtlichmachung der Staatsfarben erzogen wird. Hindenburg hat seinen Eid auf diese Farben abgelegt. Die Deutschnationalen Minister in dem Kabinett leisten denselben Eid, und selbst der radikalste Führer „Graf Westarp“, verpflichtet im deutschen Reichstag feierlich für den Schutz dieser Hoheitszeichen einzutreten. Ihre Parteianhänger drängen im Lande aber denken gar nicht daran, solche Eide zu beachten. Ihre Wählerei geht vielmehr in der alten Weise weiter. Nur daß sie nicht mehr den moralischen Mut aufbringen, für ihre Taten einzustehen. Man drückt sich vor der Verantwortung und nennt das dann Frontzeil.



**Bezirksverband
der Deutschen Demokratischen Partei
im Regierungsbezirk Merseburg.**

In die Vorhände der Kreisvereine und Ortsgruppen ergeben in den nächsten Tagen besondere Einladungen zu dem am **Sonntag, den 19. und Sonntag, den 20. März** in Halle stattfindenden

6. ordentlichen Bezirksparteitage.

An Veranstaltungen sind vorgesehen:

1. Sonnabend, den 19. März, abends 8 Uhr pünktlich im Epiegelssaal des „Wintergarten“ (Magdeburger Straße 65):
Große öffentliche Kundgebung.

Als Redner wird der

Parteiführer Minister a. D. Koch erwartet. Im Anschluß an die Kundgebung findet im Saale des „Hotels „Hohenzollernhof“ (Magdeburger Straße 65) ein **geselliges Beisammensein** der Delegierten und Gäste mit den hiesigen Parteifreunden statt.

2. Sonntag, den 20. März, vormittags 11 Uhr pünktlich:

Beginn der Verhandlungen des Parteitages im großen Saale des Neumarkt-Schützenhauses, Satz 41.

Tagesordnung: 1. Begrüßung. 2. Landtagsabgeordneter Dr. Bahner-Magdeburg über „Die preussische Kulturpolitik“. (In der Ansprache Herr Ober-Regierungsrat Sauer, Halle-Merseburg). 3. Geschäfts- und Kassenbericht. — Oranisation. 4. Staatsminister Dr. Schreier über „Die letzten Vorgänge im Reich und in den Ländern“. 5. Satzungsänderung. 6. Vorstandswahl. 7. Kreisparteitag (Wahl der Delegierten und Anträge). 8. Berlegung der Provinzialverwaltung. (Ref.: Landrat Dr. von Krause-Duerfurth). 9. Anträge an den Bezirksparteitag. 10. Verschiedenes.

Zwischen dem 3. und 4. Punkt der Tagesordnung findet eine gemeinschaftliche Mittagstafel statt (Preis für das Bebeck 150 Mk.).

Wir laden zum Besuch unseres Bezirksparteitages ein. Als stimmberechtigte Delegierte gelten die von jeder Kreisorganisation dem Bezirksvorstande angehörenden zwei Vertreter und außerdem je ein von den Ortsgruppen für 20 Mitglieder zu wählender Delegierter. Jede Ortsgruppe stellt oder mindestens einen stimmberechtigten Vertreter.

Außer den gewählten stimmberechtigten Vertretern und Beiratsmitgliedern können als Gäste alle Parteifreunde und Parteifreundinnen aus dem ganzen Regierungsbezirk an den Verhandlungen und Berufungen des Parteitages teilnehmen. Wir bitten sogar die Verwandte der Ortsgruppen um einen über die Zahl der gewählten Delegierten hinausgehenden recht starken Besuch mit allen Kräften bemüht zu sein. Wir haben im Hinblick auf die schwierige Wirtschaftslage seit etwa zwei Jahren die Einberufung des sonst jährlich folgenden Parteitages hinausgeschoben. Erwarten Sie aber, daß die auswärtigen Parteifreunde mit ihren Kräften unserer Einladung recht zahlreich Folge leisten und möglichst schon zu den Veranstaltungen am Sonnabend in Halle eintreffen.

Wir hoffen für eine Anzahl der auswärtigen Teilnehmer und Teilnehmerinnen auf Wunsch Privatquartiere zur Verfügung stellen zu können. Auf vorherige Anmeldung

**Eindrücke und Erlebnisse
in England.**

Nichtbildervortrag v. Fräulein Anna Wlesker.
Gehalten in der Deutsch-Demokratischen Frauengruppe am 27. Januar 1927 in Halle.

Der Magistrat hatte mit einem viermonatigen Urlaub zu einem Studienaufenthalt in England und einem Aufschub bewilligt. Da seit 1922 Englisch erste Fremdsprache in unseren Mittelschulen ist, war für mich ein Aufschub und ein Erweitern meiner Sprachkenntnisse notwendig. Ich benutzte das moderne Lehrbuch, das Flugzeug. Unglücklicherweise gestattete nicht, daß ich London am Tage der Abreise erreichte. Der Pilot flog, als er dachten Nebel über dem Kanal bemerkte, nach Rotterdam zurück, von wo am anderen Tage erst spät und mit langer Unterbrechung im Dampfer der Flug über das Meer möglich war. Trotz allem — auch trotz Luftkrankheit — war die Luftfahrt genugsam und interessant. Der Flug wurde eingehend geprüft; man erhebdigte sich genau nach dem Zweck meines Aufenthalts in England und nach dem mit zur Verfügung stehenden Barmitteln. In London wurde mir noch ein besonderer Paß für England ausgestellt, mit dem ich mich immer ab und anzuwenden hatte, wenn ich meinen Wohnort änderte.

Das Boardinghouse war teuer und unbehaglich; über 9 Mark täglich für ein ganz primitives Zimmer. Frühstück und Dinner am Abend. Gelegenheit zum Sprechen in der englischen Sprache bot sich wenig. Die Dame des Hauses war nur zu den Wochentagen sichtbar, in Pausenstunden — 3 Stunden 20 Schillingen — konnte man sich bei ihr nach dem, was man zu wissen wünschte, erkundigen.

wird auch die Unterrichtsbeschaffung in Gasthöfen übernommen.

Am einmütigen die Beteiligung an gemeinschaftlichen Mittagessen überlegen zu können, bitten wir die Ortsgruppen um rechtzeitige vorherige Nachricht an unsere Parteigeschäftsstelle, wieweil Personen sich voraussichtlich an dem Essen beteiligen werden. Auch die hiesigen Parteifreunde und die durch Zuwendung dieser Einladung besonders geladenen Gäste werden um eine gleiche vorherige Anmeldung gebeten. Das Essen findet, wie oben erwähnt, zwischen dem 3. und 4. Punkt der Tagesordnung, also vor dem Vortrage des Herrn Minister Dr. Schreier, statt. Wir hoffen auf eine recht zahlreiche Beteiligung. Nach langen Jahren gestalten es die Verhältnisse wieder, zu dem früher bei ähnlichen Gelegenheiten stets gern geübten Brauch des gemeinsamen Mittagessens zurückzukehren. Wir bitten also um freundliche Begegnung.

Da die für die Verhandlungen des Parteitages aufgestellte Tagesordnung recht reichhaltig ist, bitten wir die auswärtigen Delegierten sich so einzurichten, daß sie zur Rückfahrt möglichst erst die letzten Abendgäste benützen.

Am Sonnabend Abend von 6—9 Uhr und am Sonntag Vormittag von 8—11 Uhr wird in der Bahnhofsvorhalle ein von der Partei gestellter Bahnhofsdiens für Auskunft bereitstellen. Die den Dienst ausübenden Parteifreunde sind an einer Anzeigebank in den Reichsfarben kenntlich. Der Geschäftsführende Vorstand.

Jungdemokraten Halle (Saale). Mittwoch, den 16. Februar, 1927, abends 9 1/2 Uhr Jahresversammlung im Restaurant „St. Nicolaus“, Nicolaistraße. Tagesordnung:

- 1. Geschäftsbericht, Kassenbericht, Neuwahl, Verschiedenes.
- Alle Mitglieder sind zum pünktlichen Erscheinen dieser wichtigen Versammlung verpflichtet.

Weihensel. Ein Kreisparteitag findet am Sonntag, den 20. Februar, im „Sächsischen Hof“ statt. Beginn der Verhandlungen 10 Uhr vormittags. Herr Dornbillich spricht über „Disposition und Bürgerlot“.

Merseburg. Reichsgründungsfeier der D. D. P. am 20. Januar. (Wiederholt eingegangener Bericht.) In „Müllers Hotel“ konnte der 1. Vorsitzende des Kreis- und Ortsvereins der D. D. P., Medizinalrat Dr. Kühnlein, eine stattliche Mitgliederzahl willkommen heißen. Ein erlebnisreiches Programm füllte den Abend. Provinziallandtagsabgeordneter Reuter, Halle, gab in klarer Weise einen Rückblick auf das, was war, und in schüler Begeisterung einen Ausblick auf das, was werden soll. Wenn die Erinnerung an geschichtliche Weiden überhaupt ein bestimmtes Datum vertritt, oder fordert, so wird der entscheidende Tag wohl am besten nicht in der Kaiserproklamation, sondern in dem 1. Januar des Jahres 1871 gefunden, dem Zeitpunkt, an dem staatsrechtlich das neue Reich ins Leben trat.

Wie aber? Wir als eifrige Republikaner gedenken festlich der Gründung des Reiches, das doch ein Kaiserreich war? Wir als überzeugte Demokraten sollen historische Würdigung einem Bismarck, der doch Aristokrat war in seinem innersten Wesen? Das scheint mir ein besonders Wertvolles zu sein an unserer bürgerlichen Demokratie und uns in etwas grundsätzliche zu unterscheiden von unseren Weggenossen aus dem proletarischen Lager, daß wir demüht Herr darauf legen, andere Ideale eingeschleudert zu haben, in die großen geschichtlichen Zusammenhänge. Bismarck hat die Reichsgründung durchgeführt. Er hat sie erzwungen gegen mäandere Überhände. Er schuf das alte Reich als einen Bund der souveränen Fürsten unter ausgeschlossener plebiszidischer Führung, nicht als einheitlichen Volkstaat. Es kamen die Stürme des Weltkrieges, die Einheit des Reiches löste gewahrt. Daß das

London, die 8 Millionenstadt, großartig in allen öffentlichen Einrichtungen, vorbildlich in den Verkehrsnetzen und in der Regelung des Verkehrs durch die tüchtigen, höflichen, effizientesten police-men, reich in den Museen, gelunden und schön durch die Parks. Kein Lachen der Autos, kein Gaud. Auffallend die zahlreichen Schornsteine auf jedem Dach, die plumpen, niedrigen Kinderwagen. Man gewöhnt sich ab das Begrüßen mit Handschlag, das Plaudern, die laute Unterhaltung in Bus oder Underground.

Am Holiday Course für Foreigners, der seit 1904 jährlich von der Londoner Universität eingerichtet wird und für den 100 Schillings zu zahlen sind, betätigten sich 204 Ausländer. 25 verschiedener Nationen, fast 1/2 waren Deutsche. Der Kursus war glänzend organisiert und bot Interessantes und Lehrreiches in Vorträgen, Fählungen und Klassenarbeiten. Leider bekam man zu viel „Ausländerenglisch“ zu hören.

Das Schulwesen Englands ist von dem unseren gänzlich verschieden. Die Secondary Schools (Haupt- und Gymnasien) sind meist Privatschulen, oft boarding schools; die Kinder kommen dann nur in den Ferien nach Hause. Die besten Schüler und Schülerinnen der Volksschule werden, nachdem sie die Volksschule durchlaufen haben, in Central Schools noch 3 Jahre lang unentgeltlich unterrichtet, während dieser Zeit sind sie beruflich nicht tätig.

Denkmäler, meist hochragende, stülche aber ein druckscholle Steintreue, deren Sattel fast immer mit frischen Blumen geschmückt sind, erinnern in allen Orten an den Weltkrieg. In Westminster Abbey, der Kathedrale von Königen und der Erlauchtesten des Landes, ist das „Grab des unbekanntem Soldaten“. Am „Genotaph“ geht nur selten ein Engländer vorbei, ohne

Deutsche Reich seinen Zusammenhalt auch nach dem verloreneren Kräfte bewahrt, bleibt das entscheidende Plus auf deutscher Seite in diesen Weltkriegen. Die Weimarer Verfassung schuf an Stelle der verlorengegangenen Kammern der kaiserlichen Dynastie die Bindung durch Einbezug der Reichsfinanzen, des Vertriebs, der Post. Gerade am heutigen Tage des Gedankens der Reichsgründung müssen wir mit allem Nachdruck aussprechen: Nicht Kaiserrechts-Revidierung der Verfassung nach der Reichsgründung von 1871 und dem Bismarckigen Verfassungswert hin, sondern Vornarrstrebend und weiterer Ausbau im Sinne eines immer stärkeren einheitlichen Nationalstaates. Und eine weitere Mahnung erhebt sich: Nicht nur immer auf den Lippen, sondern vor allen Dingen im Herzen und in innerem politischen Handeln müssen wir den Gedanken festhalten: Ausbau eines einzigen republikanischen Staates, die endgültige Befreiung unseres deutschen Bodens, die Vereinigung mit unseren österreichischen Brüdern. — Das Deutschlandlied erklang: ein Gedächtnis zum Vaterland. Ein dreifaches Hoch galt dem deutschen Volke, der Deutschen Republik.

D. D. P. Kreisverein Bitterfeld.

Sonntag, den 20. Februar 1927, vorm. 10 1/2 Uhr im „Eichamt“ zu Bitterfeld
Kreisparteitag.

- Tagesordnung:
- 1. Feststellung der Anwesenheitsliste.
 - 2. Berichten der letzten Verhandlungsschrift.
 - 3. Die letzten Kreis- und Provinziallandtagswahlen.
 - 4. Bericht über die Bezirksvorstandswahlungen im Jahre 1926.
 - 5. Kassenbericht und Entlastung.
 - 6. Vorstandswahlen.
 - 7. Anträge.
 - 8. Verschiedenes.
 - 9. Vortrag: Der deutsche Mittelstand und seine Genossenschaftlichen. Univeritätsprofessor Grünfeld-Halle.
- Zu zahlreicher Beteiligung ladet ein: Der Vorstand.

Bitterfeld. In der ersten Stadterordnetenversammlung wurde der bisherige Vorsteher, Rechtsanwalt Dr. Kleinmann, (Deutschnational) nicht wiedergewählt. An seine Stelle trat Oberbaurat Rettel (Dem.), obgleich die Demokraten nur drei Sitze in der Besetzung von 27 Mitgliedern innehaben. Bei der Wahl des stellvertretenden Vorstehers erhielt Dr. Kleinmann wie Stadtd. Sittner (R.) 13 Stimmen und wurde durch das Los für diesen Posten bestimmt. J. R.

Bitterfeld. Mittwoch, den 16. Februar, 8 Uhr: Mitgliederversammlung der D. D. P. im „Eichamt“.

D. D. P. in Halle.

An unsere Mitglieder!
Die Mitgliedsarten für 1927 gelangen ab nächster Woche zur Ausgabe.
Die Beiträge, die auf Wunsch auch in halbjährlichen oder vierteljährlichen Raten gezahlt werden können, werden bei den Mitgliedern, die nicht persönlich im Parteibüro oder durch Ueberweisung zahlen, durch unsere Boten gegen Auswählung der Mitgliedsarte eingezogen.
Wir bitten, die Beträge bereitzuhalten.
Der Vorstand.

kein Paß zu entlösen. Am Waffenstillstandstage, dem 11. November, findet hier in Anwesenheit des Königs eine feierliche; die Glocken läuten, 2 Minuten lang hoch der Verbleib im ganzen Reich. Die dankbaren Belgier haben den Engländern ein schönes Denkmal gesetzt, mit der Aufschrift: For honour and Justice.

Die Engländer haben während der Kriegszeit auch Entschuldigungen besonders in der Ernennung erteilt. Sie verhalten sich den Deutschen gegenüber höflich, hilfsbereit, aber zurückhaltend und abwartend. Der sich an den Kurias anschließende Amöge Aufenthalt in „Ravello“ Cleoban am Bristol-Kanal brachte mir Erholung und Förderung in meinen Sprachkenntnissen, besonders in der Umgangssprache, da ich hier so früh bis abends mit gebildeten Engländern zusammen war und an ihrem Leben teilnehmen durfte. Die englische Hausfrau macht sich das Leben leicht, sie überläßt Kochen und Säubern den Dienstmädchen, an beiden werden nach so hohe Ansprüche gestellt. Dampferfahrten nach Fitzcrombe und nach Chobwell im Ausgang des Bristol-Kanals zeigten mir die romantische Küste, Autofahrten durch das Clontons Devon die eigenartige Landschaft mit Moor und Heide. Der Dampfer „Republic“ der „United States Lines“ brachte mich bei herrlichem Wetter Ende September nach Bremerhaven.

Was ich von meiner Reise erhoffte, ist mir geworden: erweiterte und vertiefte Kenntnis der englischen Sprache, Verständnis für die Lebensweise der Engländer, Erholung in schöner Natur. Außerdem freundschaftliche Beziehungen zu einigen Engländerinnen. Land und Leute und ihre Sprache kennen lernen, heißt sie schätzen lernen. Die Gefahr des Ueberhägens ist nicht so groß; erst in der Fremde erkennt der Deutsche recht die Eigenart und den Eigenwert des Deutschen und des Deutschen.

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Verkaufspreis: 15 Centen, monatlich 45 Centen, halbjährlich 2,50 Mark. — Bestellungen nehmen alle nachlässigen Buchhändler, Verleger und der Verlag (siehe unten). — Bezugspreis für 12 Monate 18,00 Mark, einschließlich Porto. — Der Verlag (siehe unten) ist verantwortlich für die Redaktion und die Druckerei.

Verkaufspreis: Für die schlesische Württemberg 10 Centen. — Angaben im Reklameteil 1 Mark. — Bestellungen nehmen alle nachlässigen Buchhändler, Verleger und der Verlag (siehe unten). — Bezugspreis für 12 Monate 18,00 Mark, einschließlich Porto. — Der Verlag (siehe unten) ist verantwortlich für die Redaktion und die Druckerei.

Nummer 7

Halle (S.), 12. Februar 1927

3. Jahrgang

Drinnen und Draußen.

Unfälle und Umsälle — Herr von Kuebel — Der Rapp-Busch und die Olympia — Dr. Wirth als Angeklagter — Die Liebeserklärungen des Herrn von Gueard — Westfars strategischer Rückzug — Die rebellierenden Konfessionen — Das Militärjubiläum Wilhelms II — Die verleugnerte preussische Tradition — Rabenick's-Durcheinander — Der Vorstoß Lautschers — Die Aufgabe der Volkspartei — Handelsverträge — Bruch mit Polen — Ausweisungen in Oberschlesien — Strefemanns Reise nach dem Süden — Das Kaiserkrönchen über Ministerbegegnung — Tagerkonferenz — Die Revolution in Portugal — China.

An Unfällen hat es eigentlich keinem Kabinet bei seiner Bildung gefehlt. Auch das letzte hat auf die Klippe der Missgenossenschaft auf. Unklar war über sie zu fall gekommen, was Herr Wirth nicht hinderte, sie in Kraft zu setzen. Aber keine Regierung hat mit so viel Schweregefühle zu kämpfen gehabt wie die neue. Ihre Geschichte ist einzigartig. Nach dem Mißerfolg, den die Kandidatur Gueard's herbeiführte, ist jetzt der Fall Kuebel in den Vordergrund gerückt worden. Man soll dabei eine gewisse Vorsicht üben und nicht sich auf Angelegenheiten verlassen, die mit der Zeit überwinden werden sind. Wenn der neue Innenminister als Kandidat eine mehr als zweifelhafte Haltung beim Rapp-Busch angenommen hat, so braucht man das nicht als die größte Befreiung gegen ihn anzusehen. Es sind auch viele andere damals unklare Konzepte gewesen und haben sich dann republikanisch entwickelt. Selbst Sozialdemokraten an leitenden Stellen haben nicht die innere Festigkeit gezeigt, die unbedingt erforderlich gewesen wäre. Der sonst so kluge Seewitz hat Herrn v. Kuebel noch der Entfernung aus dem Amt noch einen neutralen Vorschlag angeboten und damit immerhin sein mildes Vergehen ausgesprochen. Die Germania hatte ganz recht. Man könnte darüber zur Tagesordnung übergehen, wenn der neue Vize der Reichsverfassung den Platz eingenommen hätte, das als eine Tugend bezeichnen zu können. Er war damals 35 Jahre alt und freud noch nicht sehr über 40 Jahren dem Boden der Staatsgewalt, statt dessen hat er uns erklärt, er würde in ähnlichen Fällen wieder so handeln. Und hierin, nicht in seiner Stellungnahme während des Rapp-Busches liegt die eigentliche Befreiung.

Wir müssen auch Klarheit darüber bekommen, wie herzlich seine Beziehungen zur Olympia gewesen sind, und ob er noch zu einer Zeit fortbestanden, als das Verbot dieser staatsfeindlichen Organisation bereits rechtskräftig war. Auch über seine Verwendung für den Kürtner Kuratien Major Budzinski müssen wir eine eindeutige Darstellung erhalten. Sind die Behauptungen der Sozialdemokraten begründet, so gibt es nur schärfste Kampfanlage, ganz gleich, wie sich der Reichsanwalt und das Zentrum entscheiden. Daß Herr Wirth das dringende Betreiben hat, die Affen über den Fall zu schließen, fühlen wir ihm durchaus nach. So haben wir nicht die mindeste Begründung, ihn bei diesem löblichen Beginnen zu unterstützen. Wie er und die Zentrumsführer sich mit den Wäldern auseinandersetzen, ist ihre Angelegenheit. In dieser Hinsicht wird ja wohl die Tagung des Parteiausschusses am Sonntag die notwendige Aufklärung geben. Herr Wirth erhebt dort als Angeklagter, der gegen das Vertrauensvotum gestimmt hat. Aber die Räuberhändele müssen wir nicht weniger, da die Parteipresse eine ausgewogene Delegation hat. Anstatt dieser Republikaner den vererbten Funktionen, so werden wir eine entsprechende Stellung zum Zentrum einzunehmen haben. Dringt er mit einer Auffassung durch, so ist ihm besten Willen nicht abzusehen, was dann aus dem Kabinet werden soll.

Die Rede des Herrn von Gueard in der großen Reichsversammlung hat schon aufschlußreich. Sie begann mit den besten Lobsprüchen für die Sozialdemokraten und schloß mit den neuen Freunden, daß es zur Not auch eine sie geht. Theoretisch hält das Zentrum an der großen Koalition fest, wenn es sie praktisch auch aufzopfert. Der Vorschlag ist ungewöhnlich und löst sich nur mit einer ungewöhnlichen Liebe vergleichen, in der der Gatte der geschiedenen Frau zurecht: „Auf ewig Dein“, was für die neue Lebensgemeinschaft nicht gerade eine Aufmunterung an sich ist. Auch der Vorwärts war über diese Abschlüsse nicht ohne Bedenken. Aber Herr von Gueard erwiderte sich nicht den Worten. Er zwang den Grafen Westphal zu einem strategisch geordneten Rückzug in den Fragen der Außenpolitik. Dagegen bedauert das Zentrum, daß der Delegationskommission die Aufgabe ihrer monarchischen Überzeugung nicht zugunsten worden war. Die Richtlinien haben also die Verwendung gefunden, die sie voraussetzen. Sie sind in einem schwarz-rot-goldenen Papierfeld gewandert, wo sie einer fröhlichen Aufwertung harren. Graf Westphal aber sprach als Hüter des Vaterlandens. Man wird daraufhin sich die neuen Verordnungen im Kabinet bei jeder ihrer Umständlichkeiten genau anschauen müssen. Trotzdem dürfte der Graf eine engeren Freunde damit nicht zufriedener gestellt haben. Die konservative Gruppe, deren Ehrenvorsitzender er ist, legt in kurzem und wird vermutlich Eherbengetragt

abhalten. Dann hat Westphal nur die Wahl, entweder auf den Ehrenvorsitz zu verzichten oder die Führerschaft der Deutschnationalen Partei wiederzugewinnen. Diese letztere Möglichkeit bedauert uns nicht. Es besteht dann die Gefahr, daß ein Politiker an die Spitze kommt. Wir aber wünschen den weiteren Kampf in den Reihen, aus dem allein neues Leben erwachsen kann.

Wie fest der monarchische Gedanke noch in einzelnen Köpfen verankert ist, zeigte das 50-jährige Militärjubiläum Wilhelms II., das von den Offizieren des ehemaligen 1. Garderegiments begünstigt gefeiert wurde. Alle Unbeschränkter waren zugegen, namentlich die Pensionsempfänger der deutschen Republik in Generaluniform. An und für sich würden wir ihnen dieses kleine Beugnügen in diesen bitteren Zeiten gern gönnen, nur müssen wir berücksichtigen, daß dadurch der Geist etwas leidet. Geht bitte in Anführungszeichen. Die Tradition der preussischen Ar-

zu seiner Verständigung zu gelangen, weil die Wünsche der Großgrundbesitzer einer Regelung im Wege stehen. Sollten die Kulturfragen zurückgestellt werden, so wird hier die Bedrohung des Kabinetes sichtbar. Es ist umso notwendiger, mit Frankreich zu einem Ausgleich zu gelangen, als die deutsch-polnischen Verhandlungen unmittelbar vor dem Abbruch stehen. Die Schuld daran trifft ausschließlich Warschau. Die bisherigen Besprechungen haben schon gezeigt, daß man selbst in Zollfragen nicht weitergekommen ist. Wenn nun noch Polen, das Niederlassungsrecht für deutsche Kaufleute verweigert und sogar mit Ausweisungen Reichsangehöriger vorgeht, wie es in Katowitz der Fall ist, so muß der Kampf auf der ganzen Linie aufgenommen werden. Darin sind sich wohl alle Parteien bei uns einig, so schmerzlich auch für die Deutsche Wirtschaft der Ausfall, der im Jahr 400 Millionen beträgt, ist. Es hat keinen Zweck, Verträge zu schließen, wenn kein Deutscher die Möglichkeit besitzt, darüber angefordert seinem Beruf nachzugehen, ein Haus zu erwerben oder eine Niederlassung zu gründen.

Die deutsche Außenpolitik hat ihren letzten Erfolg mit der Aufhebung der Militärkontrolle erzielt. Man tritt die Frage der Rheinräumung wieder in den Vordergrund. Es sind zwar im englischen Aberdeen einige freundliche Worte darüber gesprochen worden, aber in Frankreich, das die Entscheidung in Händen hielt, ist die Zustimmung nichts weniger als jählich. Die Stellung Briand's gilt nach wie vor als schwach, und er wird sich gegen Volcaire kaum durchsetzen können. Davon hängt ab, ob Briand die Gelegenheit benützt, um mit Dr. Strefemann zusammenzukommen. Die Reise nach dem Süden hat ja mancherlei Kommentare nachgewiesen. Es wird sehr viel von Begegnungen zwischen dem deutschen Außenminister, Briand und Mandellieu gesprochen. Man wird bei uns gut tun, keinerlei Wünsche zu äußern. Wenn die anderen das dringende Bedürfnis empfinden, eine Unterbrechung herbeizuführen, so können sie das tun. Sie zu empfehlen, liegt keinerlei mildernde Mitbringen Ausprägung in der W.

Was man nicht vergessen darf

Aus dem Zentrums-Manifest: „Es gibt für uns keine andere staatliche Wirklichkeit als die der deutschen Republik mit ihren Symbolen. Sie hat dem deutschen Volke seine Einheit in verzweifelten Tagen gerettet. Auch für die fernere Zukunft ist sie der allein hoffnungsvolle Weg.“

Aus den Grundgeden der Deutschen Nationalen Volkspartei von 1920: „Die monarchische Staatsform entspricht der Eigenart und geschichtlichen Entwicklung Deutschlands. Ueber den Parteien stehend, verbürgt die Monarchie am sichersten die Einheit des Volkes, den Schutz der Minderheiten, die Stetigkeit der Staatsgesetze und die Unberührbarkeit der öffentlichen Verwaltung. Die deutschen Einzelstaaten haben freie Anschließung über ihre Staatsform haben; für das Reich erstreben wir die Erneuerung des von den Hohenzollern ausgerichteten deutschen Kaiserthums.“

Die in der W. sie sich in neue Lan haben, ob Spanien uns wahr schaft, da Stellung haupt nicht einem Machtsgeh gewährt uns nicht erinnern Trost die Nüchternheit deutschen freudigen gleiche so

Die China, gelegen Die Mad Niederl Regelung in schuld enden. Nicht einmal darüber sind wir unterrichtet, ob die Einigungsverhandlungen zwischen Nord und Süd Aussicht auf Erfolg bieten. Sie machen offenbar äußerste Schwierigkeiten und werden wohl nur dann zu einem Ergebnis führen, wenn die europäische Politik den nötigen Ritz liefert. Das englische Vorgehen ist dazu allerdings durchaus geeignet. Nach durch die freundschaftliche Vorstöße lassen sich die Söhne des Himmels nicht darüber täuschen, daß hier der Imperialismus seine Positionen verteidigt. Italien hat sich an die griechische Seite gestellt, während Japan und Rußland, jedes für sich, entgegengelegten Zielen auftreten. Und Amerika wiederum eine ganz andere geartete Haltung einnimmt. Es ist sehr wohl denkbar, daß sich im Laufe der Zeit daraus Konflikte entwickeln, die alles andere überauswert sind für uns daher nicht gerade wünschenswert sind. Richard Mar.

